Dienstag, 16. Januar 1923. Einzelnummer 80 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 11

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 1500.—
in den Ausgabestellen 1600.—
durch Zeitungsboten 1700.—
am Postamt .. 2000.—
ins Ausland 900 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 80.— M. Reklameteil. 240.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 40.— d. M. Reklameteil 120.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die polnische Rechte.

Unter den im Leitaufsatz der Nr. 10 des „Pos. Tagebl." („Die Parteien im Sejm und im Senat") angeführten rechtsstehenden polnischen Parteien ist die älteste und größte der **Nationale Volksverband**. Seine innerpolitische Stellung ist **konservativ, nationalistisch**, aufs schärfste **gegen die nationalen Minderheiten** gerichtet; außenpolitisch hat er stets die Eingliederung aller nur irgendwie jemals mit Polen in Verbindung gewesenen Gebiete angestrebt ist streng auf das **Bündnis mit Frankreich** und die darauf sich aufbauende Politik der **Umklammerung Deutschlands** mit einem in Waffen starrenden Wall eingestellt und **Gegner jeder, auch der wirtschaftlichen, Verständigung mit Deutschland**. Von bekannten Abgeordneten der Partei seien genannt: der Vorsitzende **Głąbiński**, Professor der Nationalökonomie an der Universität Lemberg, die drei **Grabski**, von denen einer jetzt zum zweiten Mal Finanzminister geworden ist. **Korfanty**, erster Fraktionsvorsitzender, der später mit zur christlich-nationalen Arbeiterpartei übersiedelte, ferner die drei **Seyda** (Marjan, Władysław und Siegmund), der Geistliche **Lutosławski**, einer der hitzigsten Sejmredner der Partei, und eine ganze Anzahl sehr streitbarer Geistlicher. Die wichtigsten Blätter der Partei sind der „**Kurjer Poznański**" und der „**Kurjer Warszawski**". Sie hat aber noch etwa 10 andere Zeitungen im ganzen Land verstreut, in der Wojewodschaft Schlesien den „Goniec Śląski" und die „**Grenzztg**".

Als der Nationale Volksverband geschlossen in den verfassunggebenden Sejm einzog, zählte er 109 Mitglieder, nach den Posener Nachwahlen 134. Dann kam, nachdem einige Absplitterungen vorangegangen waren, in den Sejmferien 1919 die Spaltung in Volksverband und Nationale Volksvereinigung. Weitere Absplitterungen folgten, so daß 70 Abgeordnete in der Fraktion blieben.

Von den Absplitterungen soll zunächst behandelt werden die **Nationale Volksvereinigung**. Ihre innen- und außerpolitische Einstellung unterscheidet sich wenig von der des Volksverbandes; sie hat fast stets mit der Rechten gestimmt. Die Mitglieder, die sie aus dem Volksverband mitgenommen hat, sind besonders Angehörige des gebildeten Bürgerstandes, auch einige Bauern. Ihr Führer ist **Skulski**, während der Besatzungszeit Bürgermeister von Lodz, unter Paderewski Minister des Innern, ein fähiger Verwaltungsbeamter, als Politiker nicht ganz so schroff eingestellt wie seine ehemaligen Parteifreunde im Volksverband. Die Partei brachte es im November 1919 auf 68 Abgeordnete, von denen dann wieder einige absplitterten, so daß es zuletzt 45 waren.

Die dritte Partei der Rechten war die **National-christliche Volkspartei**, die im alten Sejm bis zum Sommer 1921 mit der vorhergenannten Partei vereinigt eine Fraktion von zuletzt 68 Mitgliedern bildete. Ihre hervorragendsten Männer sind: der Lemberger Universitätsprofessor **Dubanowicz**, nach dem die Gruppe oft genannt wird, und **Paderewski**, der bald nach seiner Rückkehr aus Amerika in Warschau das inzwischen sehr bekannt gewordene und zu hohem Ansehen gelangte Parteiblatt „Rzeczpospolita" gründete. Aus der Gemeinschaft mit der Volksvereinigung, die sie zusammen mit deren Leuten beim Ausscheiden aus dem Nationalen Volksverband gegründet hatte, schied die Partei im Sommer 1921 wegen irgend einer geringfügigen Unstimmigkeit wieder aus und bildete eine Fraktionsgemeinschaft mit der

Christlich-nationalen Arbeitspartei (Narodowy Chrześciański Stronnictwo Pracy, Ch. D.). Diese Partei war entstanden durch Ausscheiden von 16 Posener nationalen Arbeiterparteilern aus ihrer Partei, die gemeinsam mit Angehörigen der bis dahin dem Nationalen Volksverband angeschlossenen christlichen Demokraten die neue Partei gründeten. Ihr Führer wurde der bekannte Posener Geistliche, der jetzige Domherr **Adamski**, der Gründer des polnischen Genossenschaftswesens in Preußen, auch der jetzt verstorbene schlesische Wojewode Rymer hat der Partei als Posener Sejmabgeordneter eine Zeit lang angehört. Korfanty ist mit zu dieser Partei übergetreten. Das Hauptorgan der Partei ist der Posener „**Postęp**". Ihre Abgeordnetenzahl betrug 29, später 27, gemeinsam mit der vorgenannten Dubanowicz-Partei 50. Die politische Einstellung beider Parteien erkennt man an dem Namen Paderewski, Korfanty und Adamski: nationalistisch, stramm „westlich", also französisch orientiert in der inneren Politik hier und da zur Parade und zur Rechtfertigung des Namens ein Anhauch von Demokratie. Mitgliederkreis: Intelligenz, Geistliche, einige Bauern, Mittelstand.

Die fünfte der Rechtsparteien ist die **Verfassungspartei**, der Klub der konstitutionellen Arbeit. Er ist eine **gemäßigte Rechtspartei**, zählte sich eigentlich zur **Mitte** und stimmte gelegentlich sogar mit der Linken, wie bei der Krise Korfanty-Piłsudski. Die 18 Abgeordneten waren vornehmlich Akademiker, ihr Vorsitzender der Abgeordnete **Federowicz**, ein Krakauer Kaufmann. Sie sind in Galizien gewählt auf die Listen der Nationaldemokratie, die in den verschiedenen Kreisen verschiedene Bezeichnungen hatte, bildeten aber gleich von Beginn der Tagung an eine eigene Fraktion.

Die **Stadtbürger-Partei**, deren politische Einstellung etwa so ist wie die der als „**Mittelstandsparteien**" in Deutschland gelegentlich bei Gemeindewahlen auftretenden Parteien, entstand im September 1919 durch Absplitterung vom Nationalen Volksverband, die Fraktion zählte 13 Mitglieder, später 11. Ihr Vorsitzender war der Abgeordnete **de Rosset**, nach dem die Partei manchmal auch genannt wird. Er ist Ingenieur, wohnt in Warschau und wurde dort gewählt. In Posen hat die Partei ein Blatt die „**Gazeta Poznańska**".

Die letzte Partei der Rechten endlich ist die **Katholische Volkspartei**, die sich ebenso wie die Bürgerpartei meist zur Mitte zählte, aber gleich ihr immer mit der Rechten stimmte. Sie entstand im Sommer 1919 dadurch, daß die polnische Volksvereinigung, die 34 Abgeordnete zählte, sich auflöste, ein Teil der Mitglieder schwenkte zur Wyzwolenie-Gruppe ab, ein anderer zum Nationalen Volksverband, und der Rest gründete die Katholische Volkspartei mit 5 Mitgliedern. Ihre politische Einstellung ist aus dieser Herkunft ersichtlich.

Das war die **Rechte und die Mitte des alten Sejm**. Man sieht, daß alle diese Gruppen mehr oder weniger Abwandlungen der Nationaldemokratie sind, die die eigentliche Kerngruppe bildet und als einzige schon zur Zeit der „Fremdherrschaft" eine festgefügte Organisation hatte, also eine Ueberlieferung und eine Geschichte mitbrachte. Bis auf die Verfassungspartei und die später ganz verschwundene polnische Volksvereinigung bildete keine der andere Parteien bei der Sejmeröffnung eine Fraktion. Sie entstanden als solche sämtlich erst im Lauf der Tagung, obgleich einige, so besonders die Christliche Demokratie, schon früher eigene Organisationen hatten. Aber zur Wahl schloß sich alles zum Volksverband zusammen, der in fast jedem Wahlkreis unter einer anderen Bezeichnung auftrat, vielfach Listenverbindungen einging, aber überall die stärkste Gruppe war.

In dem **jetzigen** Sejm haben die Gruppen der Rechten zusammen 175 Sitze, — nach der letzten im Sejm selbst vorgenommenen Berechnung, die die Grundlage bildet für die **Vertretung der Fraktionen in den Ausschüssen.**

Ein Aufruf der Okazisten.

In der Sonntagsnummer des „Kurjer Poznański" steht ein Aufruf des wohlbekannten **Westmarkenverbandes**. In ihm ist zu lesen:

Das wiedererstandene Polen konnte nur auf den Trümmern der Teilungsmächte entstehen. Nicht ohne schwere Erschütterungen vollführte die geschichtliche Gerechtigkeit die Räumung unserer Westgebiete. Es mußte die Macht Deutschlands durch die alliierten Mächte gebrochen werden. Daher bedeutete der **Versailler Vertrag** von vornherein einen grundsätzlichen Konflikt zwischen den neuerstandenen polnischen Reiche und den Deutschen. Zwar wurde uns nicht alles zuerkannt, was einst einem Raube zum Opfer fiel. Trotzdem aber waren die Verluste Deutschlands so empfindlich, daß sich dort niemand, selbst heute noch nicht mit ihnen abfinden kann. Denn **die Rückkehr Deutschlands zu der alten Macht** ist ja **unmöglich**, solange **die durch den Versailler Vertrag geschaffene Lage** fortbesteht.

Die von uns **im Westen** wiedererlangte **Grenze** entspricht durchaus nicht den geographischen, wirtschaftlichen und strategischen Anforderungen. Es genügt, nur auf **das wunderlich durchschnittene Industriegebiet Oberschlesiens**, auf die „**Verkorkung**" **des polnischen Zugangs durch die Freistadt Danzig**, auf den schwachen pommerellischen Korridor und **die von Ostpreußen her drohende Gefahr** hinzuweisen. Eine gar mürbe Wand trennt uns von den nach Wiedervergeltung lechzenden Nachbarn.

Innerhalb der wiedereroberten Grenzen hat die hundertjährige Knechtschaft und eine Reihe von Ausnahmegesetzen dem sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Leben unseres Grenzgebiets ihr Brandmal aufgedrückt. **Eine der schmerzhaftesten Spuren** jener Zeiten sind **die deutschen Ansiedler**, die von der preußischen Regierung entgegen den kardinalen Grundsätzen der Gerechtigkeit auf dem den Polen entrissenen Boden angesiedelt wurden. In dem zahlreich zugeströmten deutschen Element in den Städten sehen wir die Spuren des rücksichtslosen Wirtschaftskampfes gegen das polnische Element, der darauf berechnet war, es vollständig zu verdrängen. Der Versailler Vertrag hat uns im richtigen Verständnis für die Forderungen der Gerechtigkeit in den Liquidationsrechten die Möglichkeit gegeben, das angetane Unrecht wieder gutzumachen. Wenn man den früheren Besitzstand wiederherstellen und die ohnehin schon schwache Grenze, die außerdem noch durch das Bestehen einer fremden, aber wirtschaftlich starken Bevölkerung im Innern des Landes geschwächt wird, stärken will, dann muß eine kluge polnische Politik diese Rechte gewissenhaft und voll ausnutzen. Außerdem muß der polnische Besitzstand und das polnische Wirtschaftsleben in den Westmarken sorgfältiger geschützt und gehoben werden. Andererseits ist die polnische Kultur durch die schweren Verfolgungen allmählich geschwunden. Zwar ist es den Deutschen nicht gelungen, uns unsere Muttersprache zu rauben, aber **die innere Germanisierung hat erschreckende Fortschritte** gemacht. Diese Verluste muß die neue Periode der Freiheit und der staatlichen Unabhängigkeit wieder gutmachen. So standen wir denn vor zahlreichen neuen Aufgaben, die sofortige Erfüllung heischten. Aber wer sollte sich ihrer annehmen? Der Staat nahm manche von ihnen (die Liquidation und das Schulwesen) auf seine Schultern. Die anderen konnte er schon aus staatsrechtlichen und finanziellen Rücksichten nicht auf sich nehmen, und hier muß die polnische Bevölkerung ihren Mann stehen. Hier hat sich für sie ein dankbares Feld der Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes geöffnet. Auf dieser Vernunftsgrundlage ist der Gedanke von der **Notwendigkeit der rückhaltlosen Entdeutschung der Westmarken** entstanden und hat alle nach dieser Richtung hin gehenden Bestrebungen vereinigt. Es gründete sich in Posen und in Graudenz der „**Verband für die Verteidigung der Westmarken**", in der Tat der „Verteidigung"; denn der ewige Drang nach dem Osten hat nicht aufgehört, sondern nur eine andere Form angenommen. Es genügt nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es keinen Deutschen gibt, der die Hoffnung der Wiedergewinnung der durch den Versailler Vertrag geraubten Gebiete aufgegeben hätte. Man muß an den offiziellen feierlichen Protest der deutschen Regierung gegen die Genfer Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens denken, und man darf auch den wirtschaftlichen Krieg nicht vergessen, den das Deutsche Reich gleich von Anfang an Polen erklärt hat. Andererseits wird man schwerlich **die Handlungen der in Polen verbliebenen Deutschen** übersehen können. Durch den plötzlichen Wechsel der Verhältnisse niedergedrückt und desorientiert, haben sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf ein von Berlin gegebenes Losungswort im **Deutschtumsbund** stark organisiert. Sie fühlen sich wieder bei Kräften und wachsen immer mehr in ihren früheren Stolz und ihren **Eigendünkel** hinein. Die **Durchführung der Liquidationsgesetze** trifft auf den **offenen Widerstand** von der deutschen Minderheit und hat die Einreichung von Beschwerden beim Völkerbund über die polnische Regierung veranlaßt. Die **Optanten wollen auf keinen Fall Polen verlassen!** Kurz, man will um jeden Preis den deutschen Besitzstand in den Westmarken aufrechterhalten. **Das deutsche Element** schließt sich immer stärker zusammen, bildet zuletzt mit anderen Minderheiten einen Wahlblock und führt 114 Vertreter in den Sejm und in den Senat ein. Und **die deutsche Meinung** bearbeiten Blätter, die sich durch einen Ton auszeichnen, der durch und durch ungemäßigt und ungewöhnlich aggressiv ist. **Im Innern des Landes und jenseits der Grenzmauer lauert der Feind auf den Augenblick der Vergeltung.** Daß die polnische Bevölkerung diese Gefahr nicht vergißt, daß die Wiedergutmachung der durch die Knechtschaft verursachten Schäden nicht vernachlässigt wird, darüber wird der Verband zur Verteidigung der Westmarken wachen. Die Stärkung und der Schutz des polnischen Besitzstandes, die Hebung und Entwicklung des polnischen Geistes in den Westmarken Polens, das sind seine höchsten Ziele — Ziele, die tief in das Bewußtsein des ganzen polnischen Volkes dringen müßten. Die Bestrebungen und Bemühungen, die sich in der Richtung der Erreichung dieser Ziele bewegen, sollen sich im Rahmen einer großen Organisation zusammenfinden, damit **die Versprengten nicht an Kraft und Einheit verlieren.**

Neue Steuergesetzentwürfe.

In den letzten Tagen sind dem Sejm eine Reihe von Regierungsentwürfen für neue Steuergesetze zugegangen. An erster Stelle steht da das neue **Einkommensteuergesetz**. Das Neue in diesem Gesetz soll darin bestehen, daß **die Steuer nach dem Kaufwert berechnet** wird, den die **polnische Mark** zurzeit der Fälligkeit der Steuerzahlung besitzt. Der betreffende Artikel des Steuerentwurfs lautet: Wenn gemäß den Notierungen der Getreidebörsen im Lande der **Durchschnittspreis für Roggen** in der ersten Hälfte des Steuerjahres 1923 höher sein wird als der durchschnittliche Roggenpreis im Vorjahre, dann ist die nach dem Gesetz vom 16. Juli 1920 und dieser Novelle veranlagte Steuer am 1. November 1923 in der Höhe zu zahlen, die sich ergibt, wenn die Steuer **mit dem Exponenten multipliziert** wird, der das **Anwachsen des Durchschnittspreises für Roggen** in der ersten Hälfte 1923 im Vergleich zum durchschnittlichen Roggenpreis im Jahre 1922 ausdrückt. Der Exponent wird vom Finanzminister im Juli 1923 auf Grund der Angaben des Statistischen Hauptamtes festgesetzt. Das **Existenzminimum** soll auf **zwei Millionen Mark** im Jahre 1922 festgelegt werden. In Art. 6 des Entwurfes ist eine neue Steuerskala enthalten. Die Höhe der Einkommensteuer würde danach bei einem Einkommen von 12 bis 13 Millionen 680 000 M. betragen. Der Prozentsatz nimmt weiter hinauf zu und erreicht bei einem Einkommen von 115—120 Millionen 25 Prozent, d. h. 30 Millionen Mark Einkommensteuer müßten abgeführt werden. Für Dienstgehälter ist ein anderer Prozentsatz vorgesehen. Bei 12 Millionen Mark Einkommen soll die Steuer 1,7 Prozent davon betragen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt für das neue Einkommensteuergesetz steht ein Entwurf über die **Erhöhung der Grundsteuern**. Eben deshalb wurde das Existenzminimum bei der Einkommensteuer erhöht, um desto ausgiebiger die Einkünfte aus den Landwirtschaften besteuern zu können, die 40 mal so viel Steuern zahlen sollen als bisher. Der Antrag über die Erhöhung der Grund- und Rauchfangsteuer sieht folgende Steuersätze vor: Klasse 1: 15 Morgen und mehr — 32 000 M. jährlich für jeden; Klasse 2: 3 bis 15 Morgen — 16 000 M. jährlich für jeden; Klasse 3: weniger als 3 Morgen — 8000 M. jährlich für jeden Morgen.

Die Vervollständigung des Kabinetts Sikorski.

Nach Informationen aus amtlicher Quelle sind am Sonnabend abend die beiden vakanten Ministerposten im Kabinett Sikorski besetzt worden. Das Portefeuille des Finanzministers hat Wł. Grabski, des Handelsministers der Ingenieur Kaz. Ossowski übernommen. Das nunmehr vollständige Kabinett Sikorski wird sich am Dienstag, dem 16. Januar, dem Sejm vorstellen.

Grabski war bereits früher Finanzminister im Kabinett Skulski und auf diesem Posten der Initiator einer neuzeitlichen Methode für die Steuereinziehung. Seinen Posten verließ er, da sich die Rechte aus dem Koalitionskabinett Witos zurückgezogen hatte. Auf der Finanzministerkonferenz fanden seine Ansichten allgemeine Anerkennung. Grabski ist ein Mann von großer Energie. Seine Programmrede soll er in einer der nächsten Sejmsitzungen halten. Der neue Handelsminister ist von Beruf Gewerbeschulprofessor. Kurze Zeit gehörte er dem Kabinett Ponikowski an.

Grabskis Lebenslauf.

Władysław Grabski wurde im Jahre 1873 in Borowo im damaligen Gouvernement Warschau geboren. Er studierte in Paris und war nach Einführung der Verfassung in Rußland Dumaabgeordneter. Später lebte er wieder einige Jahre in Paris, wo er an dem politischen Leben der polnischen Emigranten starken Anteil hatte. Im Dezember 1919 wurde er Finanzminister im Kabinett Skulski, am 23. Juni 1920 wurde er auf den Posten des Ministerpräsidenten berufen, übernahm jedoch im Kabinett Witos wieder das Finanzportefeuille, das er niederlegte, als die Rechte sich vom Kabinett Witos zurückzog. Er veröffentlichte eine Reihe politischer und volkswirtschaftlicher Aufsätze, die sich hauptsächlich mit der Agrarfrage befassen.

Der Werdegang Ossowskis.

Der neue Handels- und Industrieminister studierte am Politechnikum in Zürich und promovierte dort zum Dr. ing. Später war er in der polnischen Industrie tätig und war Professor an der Gewerbeschule in Krakau. Er kandidierte für den Senat als Vertreter der Wyzwolenie-Partei.

Feuergefechte um Memel.

Erfolgloser Angriff der Litauer auf Memel.

Die litauischen Streitkräfte, die Memel umzingelt haben, belaufen sich auf etwa 3000 Mann, die anscheinend unter dem Kommando Simonajtis' stehen. — Am Sonnabend wurde aus Memel gemeldet: Um 12 Uhr nachts haben die Litauer einen Angriff auf die Stadt Memel vorgenommen. Dieser Angriff ist jedoch gescheitert. Von der Stadt aus ist bereits das sich nähernde englische Kriegsschiff zu sehen.

Die Belagerung von Memel.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben die Litauer bei Memel Maschinengewehrfeuer eröffnet. Ein Angriff fand jedoch nicht statt. Die französische Besatzung erwiderte das Feuer. Die Ententeschiffe sind bisher nicht eingetroffen. In der Stadt herrscht Ruhe.

Ruhe in Memel.

Oberkommissar Petisné hat die neue Regierung, die sich in Heydekrug gebildet hat, nicht anerkannt. In Memel regiert weiterhin das Landesdirektorium. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. In Heydekrug erschien außer dem Aufruf der neuen Regierung ein kommunistischer Aufruf, der zu einem kommunistischen Umsturz auffordert.

Der Verkehr zwischen Memel und Königsberg.

Aus Königsberg wird gemeldet: Um den Verkehr mit Memel aufrechtzuerhalten, ist am Sonnabend von hier aus ein Passagierdampfer in See gegangen. Desgleichen hat sich ein Flugzeug auf den Weg nach Memel begeben. Der Telephon- und Telegraphenverkehr mit Memel ist nicht unterbrochen.

Feuergefechte.

Am Abend des 13. Januar wurde aus Memel gemeldet: Die Lage ist unverändert, Memel nach wie vor dicht von den Litauern eingeschlossen. Bei einem Vorstoß der Litauer in der letzten Nacht, von Althoff her, bei dem sie versuchten, mit zwei Kraftwagen in die Stadt zu gelangen, wurden die beiden Kraftwagen, mit denen der Vorstoß unternommen wurde, von den französischen Posten unter Maschinengewehrfeuer genommen. Nach kurzem Feuergefecht wurden die Angreifer abgeschlagen und mußten ein Auto zurücklassen. Auch ihre Versuche, das auf dem Kraftwagen befindliche Maschinengewehr zu retten, scheiterten. Auf beiden Seiten sind Verluste erfolgt. In Memel herrscht Ruhe. Freiwillige aus allen Berufsständen melden sich in großer Zahl, die die Ordnung im Innern der Stadt aufrecht erhalten.

Reguläres litauisches Militär vor Memel.

Nunmehr ist einwandfrei festgestellt worden, daß Angehörige regulärer Truppen vor Memel stehen. Uniformen und militärische Ausrüstungsgegenstände wurden gefunden. Manche Leute tragen die Uniform unter der Zivilkleidung. Die Truppen werden von litauischen Offizieren geführt.

Absendung französischer Kriegsschiffe nach Memel.

Der französische Marineminister hat den Befehl erlassen, daß sich zwei Torpedoboote sofort nach Memel begeben sollen. Nach einer anderen Meldung hat die französische Regierung den Panzerkreuzer „Voltaire" nach Memel abgeschickt.

Die Botschafterkonferenz

beriet in ihrer Sonnabendsitzung über die Vorfälle im Memeler Gebiet. Der französische Kriegsminister erklärte, daß Frankreich einen Obersten nach Memel senden werde, der nach Ankunft der französischen und englischen Kriegsschiffe, die gegenwärtig unterwegs sind, den Oberbefehl zu Lande übernehmen soll. Die Botschafterkonferenz ersuchte das Komitee, dem die Prüfung der Memeler Lage übertragen worden ist, sobald wie möglich Bericht zu erstatten.

Verhinderte Ueberschreitung der lettischen Grenze.

Litauische Abteilungen versuchten am Sonntag in Stärke von 2 Kompagnien Fußvolk und einer Kavallerieabteilung die lettische Grenze im Gebiet von Stary Dworzec zu überschreiten, um die Stellungen der Miliz im Rücken anzugreifen. Die angerufene Kommandantur der lettischen Grenzpolizei forderte aus Dünaburg eine Militärabteilung an, die in Stärke von zwei Kompagnien und einer Maschinengewehrkolonne den betreffenden Grenzstreifen besetzte und so die Litauer an der Ausübung ihres Planes verhinderte.

Die Lage in Tilsit.

Über die Lage in Tilsit, dessen Vorstadt auf dem rechten Memelufer, Übermemel, von den Litauern besetzt ist, meldet die „Tils. Allg. Ztg." am Sonnabend: Unsere Stadt Tilsit selbst ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, gegen jede Überrumpelung vollständig, auch militärisch, gesichert. Die Besetzung von Übermemel durch die Litauer erfolgte gestern gegen Abend. Es sind etwa 50 bis 70 litauische Zivilpersonen mit Armbinden und Gewehren eingerückt. Sie haben Flugblätter verteilt, nach denen die jetzige Regierung, das Landesdirektorium, abgesetzt und Simonaitis zum Präsidenten ausersehen sei. Die Auszahlung des Lohnes und des Gehalts soll, wie in Litauen, in Gold erfolgen (in Litauen kostet bekanntlich infolge der neuen Währung ein Ei schon 3000 Mark). Widersetzlichkeiten werden mit Zuchthaus oder noch schwereren Strafen bedroht. Der Verkehr soll jedoch, wie der Führer dieser Leute erklärte, aufrecht erhalten und alles unverändert bleiben. Auch der Betrieb des Wasserwerks drüben soll nicht gestört werden. Tatsächlich hat auch selbst die Milch- und Lebensmittelzufuhr von drüben heute keine Unterbrechung erfahren. Der Verkehr über die Luisebrücke wurde fortgesetzt, durfte sich auf Anweisung der deutschen Behörde jedoch nur auf das Notwendigste beschränken. Leute, die nicht nachweisen können, daß sie drüben wirklich etwas zu tun haben, werden nicht hinübergelassen. Zu irgend welcher Beunruhigung liegt für die Bevölkerung unserer Stadt kein Anlaß vor.

Das Grubenunglück in Oberschlesien.

Zu der Grubenkatastrophe in Mikultschütz schreibt die „Kattowitzer Ztg." am Sonnabend:

Das Abbaufeld der Grube reicht bis über 600 Meter und hat Stollen in 282, 380, 490 und 600 Metern Tiefe. Die eine Abbaustrecke auf der 282 Meter-Sohle ist das Hugoflötz, auf dem etwa 50 Mann beschäftigt sind. In der am Mittwoch nachmittag 2 Uhr beginnenden Schicht wickelte sich bis gegen 8 Uhr abends, also bis kurze Zeit vor der Ausfahrt, die Arbeit in gewohnter Weise ab. Nichts ließ darauf schließen, daß für die Verunglückten die letzte Schicht angebrochen war. Da lösten sich aus noch nicht aufgeklärter Ursache die Schrauben vom Kurbellager einer seit mehreren Jahren im Betrieb befindlichen Benzol-Lokomotive, wodurch der Kolben herausgeschleudert wurde. Dadurch riß auch das Speiseröhrchen des Benzolbehälters, das Benzol ergoß sich nach dem Karburator, und es entstand eine Explosion. Eine mächtige Stichflamme setzte sogleich die Verschalung der Strecke in Brand, der in dem Holze und den Kohlen reiche und gute Nahrung fand. Da die Lokomotive vom Schacht kam und leere Wagen zum Füllen zog, so ereignete sich die Explosion unweit des Schachtes und setzte zwischen die arbeitenden Bergleute und die einzige Ausgangsmöglichkeit ein undurchdringbares Flammenmeer, das die Pfeiler und die Verschalung verzehrte und das so gelockerte Feld einstürzen ließ. Die auf diese Weise abgeschlossenen Arbeiter mußten in vollem Bewußtsein den Tod erwarten, da eine Rettung unmöglich war. Nach fachmännischem Urteil dürften sämtliche eingeschlossenen Arbeiter bereits erstickt sein. Es ist fraglich, ob ihre toten Leiber an das Tageslicht gebracht werden können, da auch sie das unaufhaltsam mit großer Gewalt wütende Feuer bis zur Asche verzehren dürfte.

Das Unglück wurde über Tage sofort bemerkt. Sämtliche Rettungsmannschaften und Feuerwehren in der Umgegend eilten zur Unglücksstätte und begannen sofort die gefährliche Arbeit. Die Rettungsarbeiten dauerten die ganze Nacht und werden augenblicklich fieberhaft fortgesetzt. Früh gelang es, drei Mann der Belegschaft tot zu bergen. Der größte Teil der Bedauernswerten ist verheiratet. Auf die Nachricht von dem Unglück wurde die Bevölkerung von Mikultschütz von einer Panik ergriffen. Frauen, Kinder, Mütter und Verwandte der Eingeschlossenen eilten auf den Grubenhof und riefen nach ihrem Ernährer und Vater. Doch sie warteten die Nacht über vergebens und warten jetzt noch, da die Rettungsmannschaften nur unter allen Vorsichtsmaßregeln in der brennenden Grube vordringen können. Es ist das erste größere Unglück, das sich auf dieser Grube ereignet hat, die mit den modernsten Anlagen ausgerüstet ist. Von den tödlich Verunglückten waren nach der obigen Aufstellung 37 verheiratet, 8 ledig. 28 von ihnen wohnten in Mikultschütz.

Anschlag auf eine oberschlesische Bank.

Die „Kattowitzer Ztg." meldet am Sonnabend:

Gestern wurde ein wohlvorbereiteter Banditenanschlag auf die Schlesische Kreditanstalt, Filiale Kattowitz, in den letzten Minuten vereitelt. Kurz nach 6 Uhr erschien ein Trupp Banditen, die sich sämtlich durch schwarze Masken unkenntlich gemacht hatten. Einer dieser Banditen klopfte an die Tür der Bankräume, in denen sich nur der Direktor Woitilla und der Kassierer befanden. Als der Kassierer, der noch einen Herrn erwartete, die Tür öffnete, sah er sich plötzlich zwei maskierten Banditen gegenüber, die mit Revolvern auf die Überraschten eindrangen. Der Direktor hörte die Hilferufe seines Kassierers, stürzte hinzu, übersah die Situation, entriß den Beamten den Räubern und verrammelte hinter sich die Tür. Während die Banditen die Tür einzuschlagen versuchten, telephonierte der Direktor die Polizei an, während der andere auf die Straße hinaus um Hilfe rief. Als die Banditen von ihren Helfershelfern, die an den Straßenecken Posten gefaßt hatten, erfuhren, daß die Polizei käme, flüchteten sie durch die hintere Holtzestraße in der Richtung zum Bahnhof. Sie konnten, trotzdem der Überfall zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags stattfand, unbehelligt entkommen. Die Räuber müssen über die Verhältnisse gut unterrichtet gewesen sein, denn zur Stunde des Überfalls befanden sich 230 Millionen in der Bank.

Polnisches.

Nach der Besetzung des Finanzministerpostens.

Die Annahme des Finanzministerpostens durch Grabski wird in politischen Kreisen als Ankündigung für die Bildung eines Kabinetts angesehen, das Vertreter verschiedener Parteien vereinigen und so den Charakter eines Kabinetts der Zusammenarbeit und der Verständigung gewinnen kann. Diesen gewissermaßen koalitionsartigen Charakter des Kabinetts bestätigt die Ernennung Ossowskis zum Handelsminister. Angesichts einer solchen Gestaltung der politischen Verhältnisse wird allgemein angenommen, daß die Programmrede des Ministerpräsidenten Sikorski vom Sejm gebilligt werden wird.

Aus dem Sejm.

Nach Meldungen polnischer Blätter hat der Sejmmarschall Rataj die Absicht, die Wirksamkeit des Sejm in der Weise zu teilen, daß immer abwechselnd in einer Woche Vollsitzungen, in der nächsten Ausschußsitzungen abgehalten werden.

Todesstrafe für Schmuggel.

Der Warschauer Regierungskommissar hat, wie polnische Blätter melden, den Antrag gestellt, daß auf unerlaubte Ausfuhr von wichtigen Bedarfsartikeln ins Ausland hohe Standgerichtsstrafen bis zur Todesstrafe einschließlich gesetzt werden. Der Sejm soll in der allernächsten Zeit über diesen Antrag beraten.

Wilnaer Fragen.

Am Sonntag abend ist um 6½ Uhr in Wilna der polnische Außenminister Skrzyński eingetroffen. Seine Ankunft steht mit Fragen im Zusammenhang, die das Wilnaer Gebiet angehen und auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates stehen. Der Minister wird vom Sekretär des politischen Departements des Außenministeriums, Romer, vom Sekretär der Völkerbundsdelegation Arciszewski und vom Vertreter des Chefs der Ostabteilung, Szumlakowski, begleitet.

Die weißrussische Sprache in den griechisch-orthodoxen Kirchen.

Der griechisch-orthodoxe Metropolit Georg hat an die ihm unterstellte Geistlichkeit der Diözese Wilna ein Umlaufschreiben gerichtet, in dem er empfiehlt, dort, wo es möglich und notwendig erscheine, Gottesdienste und Predigten in weißrussischer Sprache abzuhalten.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(43. Fortsetzung.)

„Kluge Leute sind die Schechs der Beni Hikme und der Beni Tedbir. Sie haben den Besten zum Schech des Beled el Enwar erwählt, den sie finden konnten. Heil sei Dir o Schech Marik, Glück und Ruhm!"

„Und Weisheit und langes Leben schenke Dir ferner Allah, der Gnadenreiche. Was aber ist ein Schech ohne Haus, o Vater der Weisheit?" Schech Mohammed kämmte den Bart.

„Ein Schech ohne Haus läd sich zu Gaste. Aber der Schech des Beled el Enwar ohne Haus ist ohne Würde. Die Beni Humajun werden ihrem Erretter ein Zelt erbauen."

„Jetzt den Rammbock!" dachte Sidi Marik. „Lel hilf, Du bist die Nächste dazu." Und laut sagte er:

„Was ist ein Schech mit einem Haus, das kein Weib schmückt?" Als sinne er über den Urgrund aller Dinge nach, so ließ der Schech tief das Haupt auf die Brust sinken. Und nach einer langen Weile hob er es wieder mit sehr jovialer Miene.

„Es geziemt mir altem Mann nicht zu lachen, damit ich nicht kindisch erscheine. Aber Allah —"

„— sein Name sei gelobt!" brummte Sidi Marik salbungsvoll.

„— verzeihe mir die Sünde, daß ich es dennoch tue: wo ist der Stamm, der dem Helden der Wüste, dem Erretter Lels — so süß wie die Datteln des Beled el Dscherid — ein Weib verweigerte?"

Alle guten Geister loben ihren Meister — jetzt drauf mit Trommeln und Trompeten!" Sidi Marik wurde unruhig.

„Ich habe noch nicht gefragt, nur gewählt, o Schech. Aber ich fürchte, der Stamm wird seine Stimme nicht geben."

„Er wäre mit Blindheit geschlagen, o Freund meiner Tage, er wäre ein Narr. Wo ist er? Nenne ihn, damit ich ihn dem Spott preisgebe."

„Billy get up!" stöhnte Sidi Marik innerlich. „Jetzt — jetzt . . ."

„O Gefäß der Weisheit, spotte nicht, denn er kennt noch nicht die Frage: wird der Stamm der Beni Humajun seine schönste Tochter an einen Fremden geben, den das Vertrauen dreier Stämme zum Schech gemacht hat?"

„Blitz schlag ein!" Sidi Marik duckte sich. Es war seine erste Brautwerbung und auch seine letzte; das Wortspiel war ihm nicht geläufig in solch diskreten Dingen. Aber der Blitz schlug nicht ein.

„Die schönste Tochter der Beni Humajun ist Lel. Ein starker Arm rettete sie vor Schmach und Verderben. Der beste Arm unter den Beni Humajun. Und die Beni Humajun haben hier nichts zu sagen, o Erretter des Stammes."

„Und was sagst Du, o weisester aller Schechs?"

„Ich sage, daß Lel dahin ziehen wird, wo man sie wie eine Blume hält im Garten und wo sie betaut wird von den Blicken der Liebe und Achtung."

„Sie wird mehr sein, o Schech. Sie wird als Königin thronen mitten unter tausend Blumen und gebieten über ein weites Land, das einem Garten gleicht, als Gemahlin eines mächtigen Schechs."

„Es sei so!" bekräftigte der Schech feierlich. Eine tiefe Verneigung beiderseits, dann stand Sidi Marik wieder draußen in der Spätmittagssonne. Das Palaver hatte lange gedauert, aber er hätte trotzdem am liebsten einen Luftsprung gemacht. Ganz Würde und Stolz achtete er jetzt die Gesetze und strich nur so von ganz ungefähr am Zelt Said Ibrahims, der immer dieselbe Meinung hatte, wie seine Frau, vorbei. Richtig, da stand auch Lel ahnungslos. Sie hielt einen Heik mit beiden Händen gegen die Sonne. Es war das Byssusgewebe, das ihr Sidi Marik damals geschenkt hatte und das so dünn war, daß er jetzt hindurchsehen konnte wie durch den allerdünnsten Flor. Was wollte das Mädel jetzt mit dem Haik? Fahnen flattern lassen? Da hörte er sie singen, eines jener kleinen, niedlichen Liedchen, an denen die Zelte so reich sind.

„Wenn meine Hochzeit ist, dann trag ich einen Heik, hell, wie die Quelle und dünn wie die Luft, die mein Schatz . . ."

„Schelmenstück . . ." Und mit beiden Händen griff er zu. Aber sie mußte ihn gewittert haben, wie ein Hauch war sie mit ihrem Haik im Allerheiligsten verschwunden. Kein gütiges Schicksal verkürzte Sidi Marik die Wartezeit. Lel tat zwar ein übriges, da aber auch sie aus dem Stamm Evas war — und zwar aus der nächsten Verwandtschaft — so schlug bei Sidi Marik gerade das Gegenteil von dem an, was man Trost zu nennen pflegt. Ihn wurmte es, daß er Lel nur auf flüchtige Augenblicke erwischen konnte, die ihn immer an allen sechs Himmeln vorbei bis in den siebenten gucken ließ. Lel lernte viel, sie fing schon jetzt an. Aber nach jeder Zeile schielte sie einmal links oder auch einmal rechts, ob Sidi Marik ihren Eifer auch bemerkte. Dabei bedauerte sie ihn, daß er sich allein mit seiner Küche behelfen mußte, denn bei den Schwiegereltern konnte er sich nicht zu Gaste laden, das war gegen die Sitte. Und es war lediglich das Verdienst Lels, daß Sidi Marik bei all' diesen aufregenden Dingen nicht abnahm; sie schleppte ihm zu, was ihre Kochkunst fertig brachte und Sidi Marik kam dahinter, daß ein Mädel sehr schön sein und trotzdem gut kochen kann. Es ging ihm, wie jedem anderen Mitteleuropäer, er verwünschte die Hotelküche, die hier bei den Beni Humajun nur in anderer Form auftrat, und sehnte den eigenen Herd herbei. So bekam er in Lel wohl den Himmel auf Erden. Said Ibrahim hatte seine Zustimmung gegeben. Fatme hatte nicht gelogen. Sie hatte wohl „zuerst gewollt". Vielleicht hatte er auch ein paar Bedenken, wenn er an seine Werbung um Fatme dachte, Sidi Marik war sicherlich nicht der Mann, eine Ablehnung einzustecken; und warum sich seinen besten Freund zum Feinde machen, ihn, den stärksten Arm der Wüste! Said Ibrahim witterte Morgenluft. Seitdem Sidi Marik hier war, schien manches aus den starren Fesseln des Dogmas gelöst. Gewiß war ihm die Sitte der Väter wert, aber hatte Allah darum die Frauen erschaffen, damit man sie für immer in den Harem sperrte? Sie verschönten doch das Leben recht angenehm, warum sollten sie das Licht der Sonne nicht auch sehen? Hatte Allah — sein Name sei gepriesen vor allen — seine Frau und seine Tochter so schön gemacht, damit nicht auch ein anderer ihn beneiden konnte? Fatme war eine kluge Frau, er hatte wohlgetan, ihr beizustimmen. Von dem neuen Schech des Beled el Enwar ging ein starkes Wesen aus, ein gutes Wesen.

(Schluß folgt.)

Die deutsche Antwort auf den französischen Rechtsbruch.

Die deutsche Antwortnote.

In der Antwortnote, die die deutsche Regierung dem französischen und dem belgischen Botschafter zustellte, heißt es u. a.:

Die deutsche Regierung erklärt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keinerlei Rechtsgrundlagen für die Aktion im Ruhrgebiet enthalten, daß diese Aktion vielmehr eine Verletzung des Völkerrechtes und des Vertrages von Versailles darstellt. Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März 1922 würde eine Verfehlung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nichts anderes als die Forderung von Barzahlungen rechtfertigen, so daß die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17 und 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17 und 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die ihnen dem Wesen und der Bedeutung nach gleichzustellen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das könnten nur Maßnahmen sein, die die Alliierten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet durchführen, nicht dagegen Maßnahmen, die wie der gegenwärtige Einmarsch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet die denkbar schwerste Verletzung der deutschen Hoheitsrechte bedeuten. Endlich können nach dem Vertrage etwa zulässige Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten alliierten Mächten gemeinsam, nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden.

Vergeblich versucht die französische Regierung die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüllen, daß sie der Aktion eine friedliche Benennung gibt. Die Tatsache, daß eine Armee in kriegsmäßiger Zusammensetzung und Bewaffnung die Grenzen des unbesetzten deutschen Gebietes überschritten hat, kennzeichnet das französische Vorgehen als eine militärische Handlung.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung als einzigen sachlichen Anlaß für diesen Vertragsbruch die Tatsache hinzustellen vermag, daß Deutschland für das Jahr 1922 mit verhältnismäßig geringen Mengen bei der Lieferung von Holz und Kohlen im Rückstande geblieben ist. Nach den ungeheuren Leistungen, die Deutschland in Erfüllung der Waffenstillstandsabkommen und des Versailler Vertrages unter äußerster Anspannung und bis zur Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit vier Jahre lang bewirkt hat, genügen diese geringfügigen Rückstände der französischen Regierung, um mit starkem militärischen Aufgebot in deutsches Gebiet einzudringen und die Hand auf den wichtigsten Besitz der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem wehrlosen Volk angetan wird, vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück.

Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Vormarsch vollzogen haben. Diese Folgen haben sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und einer sprunghaften Steigerung aller Preise in Deutschland gezeigt. Die künftigen wirtschaftlichen und politischen Folgen sind unübersehbar. Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch den gewaltsamen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert, und seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.

Die Protestkundgebung des deutschen Reichstags.

Die große Kundgebung des Deutschen Reichstages gegen die Besetzung des Ruhrgebiets am Sonnabend nahm einen überaus eindrucksvollen Verlauf. Der Saal und die Tribünen waren dicht gefüllt. Hinter der vollzählig besetzten Regierungsbank hatte ein Heer von Beamten Aufstellung genommen. In der Diplomatenloge sah man den englischen und den italienischen Botschafter und zahlreiche andere auswärtige Diplomaten. Auch einige französische Journalisten, denen der Zutritt zur Pressetribüne verwehrt war als Gegenmaßregel gegen das Verhalten des französischen Parlaments deutschen Journalisten gegenüber, befanden sich in der Ecke der Diplomatenloge.

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Cuno ergriff das Wort zu seiner Protestrede, in der er u. a. folgendes ausführte: Wie kann Ministerpräsident Poincaré vor der Kammer erklären, daß er nicht auf die falschen Versprechungen Deutschlands zählen könne? Wie kann er der Überzeugung Ausdruck geben, daß Deutschland keine Anstrengungen machen werde, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß er einen Zwang ausübe? Wie läßt sich diese Behauptung aufrecht erhalten, wenn es Tatsache ist, daß die deutsche Regierung durch Vorschläge Maßnahmen zur Lösung des Reparationsproblems in für Frankreich annehmbarem Sinne angeregt hat, trotzdem die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands durch Sachverständige aller Länder anerkannt wurde?

Finanziell hat es sich darum gehandelt, für Frankreich, bei dessen unleugbaren Schwierigkeiten, das Budget im Gleichgewicht zu halten, sofort greifbare Mittel zu schaffen. Wirtschaftlich war der Weg zu suchen, wie die wechselseitigen Belange auszugleichen waren, ohne schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft. Politisch stand Deutschland der Tatsache gegenüber, daß Frankreich die Besetzung des Rheinlandes mit angeblich kriegerischen Absichten Deutschlands begründete.

In diesen drei Punkten mußte die Tätigkeit der deutschen Regierung einsetzen. Der erste Schritt war das Schreiben an den englischen Premierminister Bonar Law vor der Londoner Konferenz, dessen leitender Gedanke es war, eine endgültige und vor der endgültigen eine vorläufige Lösung vorzuschlagen, die Frankreich sofort greifbare Mittel verschaffte. Zweitens hat die deutsche Regierung für die Pariser Konferenz Vorschläge ausgearbeitet, die auf eine endgültige Lösung der Reparationsprobleme abzielten. Poincaré hat in seiner letzten Kammerrede erklärt, daß er die Interessen Frankreichs nicht dem Votum eines Bankierausschusses anvertrauen könne. Welchen besseren Maßstab gibt es denn für die Abschätzung der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte eines Landes, als der Kredit, der ihm eingeräumt wird. (Zustimmung im ganzen Hause.) Herr Poincaré hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Um politische Hemmnisse für wirtschaftliche Maßnahmen zu beseitigen, traten wir durch Vermittlung einer dritten Macht an Frankreich heran und schlugen ihm den Abschluß eines Friedenspaktes vor, der gesichert wurde durch das demokratische Mittel einer Volksabstimmung. Auch diesen Vorschlag hat Herr Poincaré abgelehnt. Alle unsere Vorschläge verfielen der Ablehnung, obgleich keiner starr und unabänderlich war. Die Vorschläge der Alliierten wichen voneinander ab, auch in der Größenordnung ihrer Zahlen. Zwischen den Vorschlägen der übrigen Mächte und dem Frankreichs war ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Es war der Gegensatz zwischen wirtschaftlichem und machtpolitischem Denken. (Lebhafter Beifall.)

Die Annahme des Vertrauensvotums.

Bei der Abstimmung über das vom Zentrumsabgeordneten Marx eingebrachte Vertrauensvotum stimmten 283 für den Antrag. 12 Stimmen der Kommunisten waren dagegen, während 16 sich der Stimme enthielten. Von den Sozialdemokraten hatten vor der Abstimmung etwa 60 Abgeordnete den Saal verlassen. Diese Haltung der Sozialdemokratie, die prinzipiell bereit gewesen sein soll, für den Vertrauensantrag zu stimmen, soll sich angeblich daraus erklären, daß durch die Annahme des Schlußantrages dem Unabhängigen Ledebour das Wort entzogen wurde.

Weitere Maßnahmen Frankreichs.

Französische Vortruppen in Bochum.

Während es gestern hieß, daß zunächst keine weitere Ausdehnung der Besetzung beabsichtigt sei, wird heute vormittag gemeldet, daß in Bochum Vortruppen französischer Formationen eingetroffen seien, die sich in den Außenbezirken der Stadt aufhalten, Bochum selbst aber noch nicht besetzt haben.

Gelsenkirchen besetzt.

Gelsenkirchen ist gestern von 385 Mann französischer Kavallerie besetzt worden.

Weitere Truppen rücken ein.

Essen, 13. Januar. (PAT.) Die Wolff-Agentur berichtet, daß im Laufe des gestrigen Tages neue französische Truppen in das Ruhrgebiet einrückten. Die Truppen überschritten jedoch nicht die bereits gestern von anderen Abteilungen erreichte Linie.

Protest der Stadt Duisburg.

Essen, 13. Januar. (PAT.) Der Stadtrat von Duisburg richtete an das französische Hauptkommando ein Schreiben, in dem erklärt wird, daß Duisburg nicht imstande ist, die neuen Lasten der Okkupation zu tragen.

Frankreich muß jetzt die Kohlen bezahlen.

Die Verhandlungen der französischen Ingenieur-Kommission mit den deutschen Zechenvertretern, die am Freitag an dem Nichterscheinen der geladenen deutschen Industriellen gescheitert waren, wurden am Sonnabend erneut aufgenommen. Die Mehrzahl der gestern geladenen Zechenvertreter hatte sich heute eingefunden, darunter Bevollmächtigte der Kruppschen Zechen, der Mannesmann-Röhrenwerke, der Stinnes-Zechen und Thyssen-Zechen. Als Wortführer der deutschen Vertreter trat in der Hauptsache Fritz Thyssen auf. Für die Franzosen sprach Präsident Cost. Von den bekannten Großindustriellen selbst war indessen außer Fritz Thyssen niemand persönlich erschienen.

Die Verhandlungen wurden durch die Frage des Präsidenten Cost eingeleitet, weshalb die Zechen die Reparationsleistungen eingestellt haben. Fritz Thyssen verwies auf die Anordnungen der zuständigen Reichsbehörde. Er erklärte unter Hinweis auf die gestrigen Ausführungen des Generals Devigne, die Auffassung, die deutschen Gesetze hätten im besetzten Gebiet keine Gültigkeit mehr, stehe sogar im Widerspruch zu den Ausführungen Poincarés, nach denen es sich bei den französischen Maßnahmen nicht um eine politische Aktion handele. Die Deutschen fühlten sich nach wie vor verpflichtet, die deutschen Gesetze zu respektieren, und daran könnten auch die gestern angedrohten Strafmaßnahmen nichts ändern. Präsident Cost erwiderte, er sei nicht befugt, Rechtsfragen zu diskutieren, sondern verlange, daß die Befehle der Kommission befolgt würden. Die Kohlenlieferungen für Reparationszwecke müßten am Montag in der bisherigen Art wieder aufgenommen werden. Thyssen erklärte darauf, das sei den Zechen nicht möglich, weil das Reich die Bezahlung weiterer Reparationslieferungen ablehne und die Zechen keine Kohlen ohne Bezahlung liefern könnten, weil sie dann auch keine Mittel hätten, ihre Arbeiter zu löhnen. Die anwesenden Zechenvertreter seien nur bereit, darüber zu verhandeln, in welcher Form die Kohlenlieferungen erfolgen sollten, wenn Frankreich die Bezahlung übernehme. Hierauf erklärte Präsident Cost, daß unter diesen Umständen Frankreich die Kohle bezahlen werde, und die Zechenbesitzer versprachen, solange bezahlt werde, die verlangten Mengen zu liefern, soweit es möglich sei. Infolge der Besetzung aber sei damit zu rechnen, daß die Lieferung sich verringere. Auch könnten infolge der Auflösung des Kohlensyndikates die einzelnen Zechen nicht mehr für eine bestimmte Gesamtlieferung aufkommen. — Durch die Einstellung der Reparationslieferungen ist Frankreich gezwungen, große Summen auszugeben, um weiter die Lieferungen, auf die sich längst seine ganze Wirtschaft eingestellt hat, zu erhalten. Wenn die deutsche Regierung und das Volk fest bleiben, so wird Frankreich ungeheure Ausgaben haben, die den Kurs des Franken immer weiter drücken und das Budget verwirren werden. Dadurch wird vermutlich Frankreich zum Nachgeben gezwungen werden. Die Red.

Ein Kohlenabkommen mit England.

Wie in Essen aus englischer Quelle verlautet, haben deutsche Industrielle sich mit einer Gruppe englischer Kohlenindustriellen in Verbindung gesetzt, um über ein Kreditabkommen zu verhandeln, auf Grund dessen im großen Umfang englische Kohlen zur Versorgung der deutschen Industrie eingeführt werden sollen, um die Folgen der Beschlagnahme der Ruhrkohlen durch die Franzosen abzuschwächen.

Stundung der deutschen Zahlungen bis zum 31. Januar.

Barthou hat die Mitglieder der Reparationskommission offiziös davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ausarbeitung des französischen Plans für die Moratoriumsbedingungen noch nicht abgeschlossen ist und die französische Delegation deshalb in offizieller Sitzung heute die vorläufige Stundung der am 15. Januar fälligen deutschen Zahlungen bis zum 31. Januar beantragen werde. Die Kommission beschloß dem Antrage gemäß.

Dieser gestern gefaßte Beschluß der französischen Regierung, die Entscheidung der Moratoriumsfrage auf 14 Tage hinauszuschieben, hat in der Pariser Presse zu einem wahren Rätselraten Anlaß gegeben. Es werden die verschiedenartigsten Vermutungen laut. Authentische Äußerungen über die Motive Frankreichs liegen nicht vor. Der Aufschub erklärt sich wohl in erster Linie damit, daß Frankreich zu einer Verständigung mit Belgien und Italien über ein gemeinsames Programm gelangen will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Hoffnung auf einen Umschwung in England im Sinne der französischen Wünsche eine Rolle spielt.

Protest der Sowjets gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Die „Deutsche Allgem. Ztg." berichtet, daß die Sowjetregierung an die verbündeten Regierungen einen scharfen Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebiets gerichtet hat.

Erhöhung der Steuern in Frankreich um 25 v. H.

Ein Wermutstropfen in die gehobene Stimmung über die Besetzung des Ruhrgebiets fällt durch Ankündigung des französischen Finanzministers, daß er sich genötigt sehe, alle direkten Steuern um 25 Prozent zu erhöhen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß Summen gebraucht werden, um den sinkenden Frankenkurs zu stützen. Eine der begeistertsten Poincaré-Blätter, das „Echo de Paris", greift heute den Finanzminister de Lasteyrie, mit dem übrigens Poincaré eine lange Besprechung hatte, scharf an. Es erklärt, daß es leicht sei, Finanzminister zu sein, wenn man kein anderes Mittel hätte, als die Steuern zu erhöhen, um das Defizit zu decken. de Lasteyrie verspricht sich von seinen Maßnahmen 4½ Milliarden. Daß die Kammer dieses Gesetz annehmen könnte, muß als zweifelhaft erscheinen. — Werden die französischen Bürger die ungünstige finanzielle und wirtschaftliche Einwirkung der Besetzungsaktion auf das eigene Land und auf den eigenen Geldbeutel lange ruhig ertragen? Die Red.

Am 22. Januar Abmarsch der Amerikaner.

Nach einer Meldung aus Koblenz ist die Abfahrt der amerikanischen Truppen auf den 22. Januar verschoben worden. Sie erfolgt nicht von Antwerpen, sondern von Bremen aus. Auch die Frauen und Kinder der verheirateten Mannschaften werden mitbefördert. Vorläufig bleibt eine kleine Abteilung hier, um die notwendigen Geschäfte noch abzuwickeln.

Ein vernichtendes Urteil über Frankreich.

Das Kopenhagener „Ekstrabladet" schreibt in seinem Leitartikel: Endlich also ist Frankreich allein! Enfin seul! Endlich allein mit seinen schwarzen Marokkanern und seinen Negerhorden, die es dazu braucht, ein weißes Volk im mißbrauchten Namen der Zivilisation und Gerechtigkeit zu unterjochen. O, dieses ritterliche Frankreich, dem wir von früh bis spät gehuldigt haben! Sollen wir der Republik auch jetzt noch huldigen, oder sollen wir niederträchtig genug sein, zu konstatieren, daß all dieses durchaus nicht notwendig war, sondern Ausschlag eines brutalen Nationalhasses ist, der alles andere als das Eigene gering schätzt und verhöhnt?

Wir wissen nicht, wer den Weltkrieg entfachte, aber wir wissen, wer der Urheber des neuen Krieges ist, darüber kann nicht gestritten werden. Man sehe doch nur, welch schlechtes Gewissen aus dem Verbot der Franzosen wegen Veröffentlichung der Äußerungen Lloyd Georges über diese Angelegenheit redet! Dieser neue Krieg hätte vermieden werden können, aber er ist es nicht, weil Frankreich ihn wollte. Frankreich brach den Frieden, weil es den Krieg wollte. Dies ist die Wahrheit, aber wenn sie von Lloyd George verkündet wird, so konfiszieren die Franzosen seine Schriften. Wenn französische Kommunisten sie verkünden wollen, so werden sie verhaftet und erschossen. Und doch wird diese Wahrheit siegen, denn es kann vor keinem Menschen verborgen bleiben, daß die Begebenheiten, die in diesen Tagen an der Ruhr vor sich gehen, ein grundloser Überfall auf ein wehrloses Volk sind. Man hat andere Ziele, als die, die man vorgibt. Das Urteil über diesen Überfall wird um so härter werden, je mehr Unglück er über das sowieso schon stark mißhandelte Europa bringt.

Kompromisse auf der Orientkonferenz in Lausanne.

Berichte aus Lausanne melden, daß über die Amnestiefrage und die des zwangsweisen Militärdienstes ein Kompromiß erzielt wurde. Die Türken versprechen jetzt eine allgemeine Amnestie in ihrem gesamten Gebiet für alle offenen und heimlichen Anhänger der alliierten Sache mit Ausnahme von etwa 150 aufgeführten Personen, auf deren Verbannung sie bestehen. Bezüglich des Militärdienstes genehmigten die Alliierten den Beschluß der Türken, ihn für Christen und Mohammedaner verbindlich zu machen. Die Türken erklärten jedoch, sie wollten allen Untertanen, gleichgültig welcher Rasse, das Recht verleihen, den Heeresdienst durch Steuer abzulösen. Die gestrige Besprechung in der Minderheitskommission hat allem Anschein nach, wie der Berichterstatter der „Daily News" meldet, zu einer endgültigen Lösung des Minderheitsproblems geführt, was die Unterzeichnung des Vertrages etwas näher rückt.

Vor einer Einigung in der Mossulfrage.

Die Nachricht, daß wegen der Mossulfrage geheime Verhandlungen im Gange sind, wird von der türkischen Delegation offen zugestanden. Der türkische Delegierte Muchtar-Bey, türkischer Sachverständiger für Eisenbahnen und Bergwerke, ist bereits in London eingetroffen und nimmt an den Beratungen über diese Frage teil. In englischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß trotz der augenblicklich noch schroffen Haltung der Türken gegenüber dem Gesamtplan der Großmächte es im Laufe der Woche doch noch zu einer Einigung komme, weil man erwartet, daß Hassan-Bey aus Angora entgegenkommende Weisungen mitbringt. In englischen Kreisen glaubt man, daß die Besetzung des Ruhrgebiets keine schlechten Folgen für Lausanne haben werde, sondern daß man allgemein das Bedürfnis habe, die Orientkonferenz möglichst rasch zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

Sowjetrußland.

Rußlands Vertrag mit Krupp.

Die Sowjetregierung hat die von der Firma Krupp gemachten Abänderungsvorschläge zu dem Vertrage der Firma über landwirtschaftliche Konzessionen großen Stils im Dongebiet angenommen. Der Vertrag hat eine Ausdehnung der Getreideerzeugung zum Ziel.

Nach dem Otto-Wolf-Vertrag stellt der Kruppsche Vertrag eine zweite wichtige Epoche auf dem Wege zur Belebung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen dar, und zwar in der Richtung auf eine Förderung des friedlichen Wiederaufbaues.

Aufdeckung einer Verschwörung in Sibirien.

Das „Sibirische Politische Hauptamt" (früher Tschreswytschajka) hat eine große Verschwörung der Sozialrevolutionäre aufgedeckt, die ganz Westsibirien und einen Teil des Ural umfaßte. Es wurden mehr als 300 Personen verhaftet, darunter Okulicz Czyzewski, Sachs, Chuchorow. Die Organisation bildete Gruppen der Landleute unter der Losung: Autonomie der Landleute, Sowjetmacht ohne Kommunisten und Einberufung eines Bauernparlaments in Sibirien.

Japan und Rußland.

Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanischen Zeitungen darauf hinweisen, daß die Okkupation der Insel Sachalin nur einen vorübergehenden Charakter trägt. Aus japanischen Blättern ist zu entnehmen, daß dieselben für ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland eintreten. Die japanische Zeitung „Osaka Obuchi" weist auf den Stillstand im Wladiwostoker Hafen hin und betont, daß der einzige Ausweg aus dieser Situation die Einberufung einer russisch-japanischen Konferenz wäre.

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden [9771]

Heimatscheine u. Einbürgerungsrecht

prompt besorgt durch

C. B. „Express", Bydgoszcz, Jagiellońska 70.

Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstr. 16, Bahnhof Posener Straße 17.

Hackmaschinen

System „Woolnough"
(wie von Deyne gebaut)

für Getreide u. Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter,
Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele
Poznań, ul Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25

Spezialgeschäft für moderne

Brunnenbauten für die allergrößten Betriebe.

Schwierigste **Reparaturen** unter Garantie.

Erduntersuchungen nach Mineralien.
Verschiedenartigste Pumpen und Antriebe sowie Wasserleitungen für alle möglichen Betriebe.

Posener Tiefbrunnen-Baugeschäft u. Pumpenfabrik
H. M. Patzer, Poznań, Traugutta 6. Tel. 1568.

[440

Kiefernkloben und Rollen
sowie gesunde gespaltene Stubben

offeriert billigst zum waggonweisen Bezuge
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań,
Poznań, Waly Zygmunta Augusta 3.
Telegr.-Adr.: Węgleślaskie. Telephon 1296 u. 3871.



Fischotterfelle	bis	325 000
Marderfelle .	bis	230 000
Fuchsfelle . .	bis	100 000
Roßschwanzhaare	Pfund bis	5 500
Hasenfelle . .	bis	4 500

Schafwolle

Tausche und gebe für 2¼ Pfd. Schafwolle 1 Pfd. gute ausländ. Strickwolle.
Fellgeschäft Poznań, św. Marcin 34.

Goldene Klassiker-Bibel,
2 Bände, 40×30, **mit über 100 ganzseitigen Kunstdrucken** gegen Höchstgebot **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **Nr. 4494** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf
Sander & Brathuhn
Hanf- u. Draht-Seile
Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019.

UNAMEL

feinster künstlicher

Tafel-Honig

von vorzüglichem Geschmack.
Nährwert: 1 Eßlöffel = 1 Hühnerei.

Alleiniger Hersteller:

Dr. W. A. Henatsch, Unisław
powiat Chełmno.

WIELKOPOLSKA CENTRALA ŻARÓWEK

W. TOMASZEWSKI i SKA.,
Poznań, Fr. Ratajczaka 36, — Tel. 1586
empfiehlt im Grossverkauf:

„Żar"-Gasstrümpfe, Gas-Zylinder.

Gasbrenner Tulipanen u. Glocken für elektr. Licht und Gas.

Stelle zum Verkauf:

Herrschaft in Schlesien (Deutsch).

120 000 Morgen, inkl. 50 000 Morgen Wald.
Preis 3½ Milliarden.

Schloß-Rittergut

in der Lausitz, 4500 Morg., Preis 325 Millionen.

Außerdem [4956

Rittergüter und Güter in Deutschland.

Es kommen nur **Selbstkäufer** in Frage.
Rückporto: 1000 Mark.

A. E. Kunze, Adm. a. D., Świecie n. W.
Telephon Nr. 166.

Arbeitsmarkt

Suche zum 1. April 1923
einfachen, verheirateten, durchaus erfahrenen

Beamten

für ziemlich **selbständige** Stellung auf ca **1000 Morgen** großem Gut **Polnische** Sprache in Wort und Schrift erwünscht. Nur bestempfohlene Bewerber wollen unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche ihre Zeugnisabschr. einsenden an

von Heydebrand, Dobramyśl
Post Kąkolewo, Kreis Leszno

Gesucht für sofort einen

Bürobeamten

der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig. Zeugnisse und Gehaltsansprüche einsenden an [5001

Dom. Trębaczów, pow. Kępiński.

Per bald oder später suche ich eine

Buchhalterin,

wenn möglich auch für Stenographie und Schreibmaschine, letzteres aber nicht Bedingung. **Gehalt über Posener Tarif.** Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten.

Otto Zeidler, Wolsztyn,
Likör- und Fruchtsaftfabrik. [4828

Eleve gesucht!

Zum 1. April, evtl. früher, bietet sich jungem Mann aus besserer Familie auf dem Hauptgut einer größeren intensiv bewirtschafteten Herrschaft mit verschiedenen Nebenbetrieben Gelegenheit zur gründlichen Erlernung der Wirtschaft. Bedingung: Viel Lust und Liebe zum Beruf. Lehrgeld nach Vereinbarung.

Anfragen an **Administrator Wiesner, Wierzonka p. Kobylnica, Powiat Poznań-Wschód.**

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 16. 1. abends 7½ Uhr: **„Die Jüdin"**, Oper von Halevy.

Mittwoch, den 17. 1., abends 7 Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchen-Oper von Humperdinck (Preisermäßigung).

Freitag, den 19. 1., abends 7½ Uhr: **„Uprowadzenie ze Seraju"**, Premiere. (Gastspiel Jadwigo Dejncka).

Billetsvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Buchhalterin,

ältere Person, vollständig perfekt in der **doppelten Buchführung, bilanzsicher,** von sofort **gesucht.** Polnische Sprache erwünscht ist aber nicht Bedingung.

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an den

Bromberger Wirtschaftsverein,
Bydgoszcz, Pomorska 39. [136

Feldbahner,

m. langjähr. Erfahr. i. Normal- u. Feldbahn., zur Einrichtung u. Leitung einer **Filiale** poln. Fa. Tochterges. größer. dt. Spezialfa. Bezirk früh. Prov. Posen **Sitz Posen oder Bromberg, sofort gesucht.** Ausf. Angeb. unter **B. Z. 5006** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Als Berufsbeamter suche ich
in noch Deutsch verstehender Gegend

Stellung als Oberinspektor

oder Administrator. Angebote mit näheren Angaben unter
Fritz Willrich, Dt. Krone, Hotel Deutsches Haus (Deutschland).

Jüngerer, energischer, polnisch sprechender

Feldbeamter,

nicht unter 25 Jahre alt, wird zum 1. 4. 1923 für hiesiges 2400 Morgen großes **Hauptgut,** unter **Oberleitung** gesucht. **Gehalt in Roggenwährung** bei freier Station exkl. Betten und Wäsche.

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf sind einzureichen an

Gutsverwaltung Kruszа zamkowa,
4863) per Mątwy. Kreis Strzelno.

Für sofort oder **1. Februar d. Js.** durchaus tüchtige

Wirtin,

in allen Zweigen eines größeren Landhaushaltes erfahren, **gesucht.** Meldungen erbeten an (4995

Frau von Vahl,
Stołężyn, poczta Wapno, pod Kcynią.

Verh. Gutsverwalter

(Pole) mit guten Zeugnissen und Empfehlungen **sucht** zu jeder Zeit

Stellung auf deutschem Gute.

Wąsicki, Dom. Smuszewo,
poczta Mokronos, powiat Wągrówiec.

Möbl. Wohnung

(2—5 Zimmer, eventl. auch unmöbliert)
sofort gesucht

Angebote unt. **D. 5005** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Kaufe fortlaufend

leere Fässer

von Teer, Petroleum u. Oel und zahle höchste Preise franko Bahnstation.

Franz Guttmann,
Tczew (Dirschau)
Telephon 120 und 75.

Häuser,
Landwirtschaften u. Geschäftsgrundstücke jeder Art zum Kauf, Tausch und Pachten gesucht. Besorge auch Objekte im ganzen Deutschen Reich.

Gaca, (4079
Berlin, Martin Lutherstr. 16

Bin Abnehmer
für jedes Quantum gebrauchter

Säcke

und ersuche um Offerte.

S. Stupp
Buczacz (Galizien).

Landstelle, 20 Morgen, Hartdachgeb., el. Licht, 2 Kühe, 2 Schweine, 2 Schafe, Ford. 2 Millionen;
Landstelle, 14 Morgen, Weideländ Ford. 1½ Millionen;
Landstelle, 22 und 12 Morgen, m. Inventar. Ford. 5 Million.;
24 Morgen große **Landstelle,** pr. Weizenboden, Hartdachgeb., 2 Stuten, 5 Milchk., 5 Schw., groß. Inventar;
Landstelle, 56 und 64 Morgen, Hartdachgeb., mit voll. Invent., Ford. je 10 Millionen;
Pachtung, 70 Morgen, 1½ Zentner per Morg., erford. 4 Million.;
Marschhof an Stadt, 60 Morgen, erstklass., 2 Pfd., 14 Hornv., 10 Schw.;
Hof, 84 Morgen, 2 Pfd., 10 Milchk., 5 Jungv., 20 Schw., à 180—200 Pfd.;
Hof, 94 Morgen, pr. Weid. u. Wiesen, 3 Pferde, 13 Hornv., 6 Schw.;
100 Morg. großer **Hof,** 2 Pferde, 6 Milchk., 13 Schw., läßt sich zusammen u. in 3 Teile teilen, da Gebde. vorh.;
Landgasthöfe mit 10, 12 u. 20 Morgen.
Gr. Etablissement i. Ostseebad, Inventarwert 3—4 Millionen, Ford. 6½ Millionen.

Max Petersen, Hamburg,
Langereihe 82 5 Min. v. Hptbhf.

Stellengesuche

Ehem. prß. Offizier,
ev. verh., 41 J., sucht, gestützt auf gt. Zgns., mögl. **selbst.**
Verw. ein. Gutes,
Pachtadministr. od. **Pacht mit eis. Inventar.**
Offerten unter **E. X. 4977** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche, gestützt auf gute Zeugnisse per **sofort** oder **später** Stellung als **Beamter.**
Bin ev., 26 Jahre alt, beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, unverheiratet und von Jugend auf im Fach.
Gefl. Angeb. unt. **R. 4969** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Intelligente junge Dame sucht Stellung als

Sekretärin

Kenntnisse der französischen und italienischen Sprache vorhanden. Off. u. **B. 4991** an die Geschst. d. Bl. erbeten.

Die Inderziffer als Hilfsmittel.

(Schluß.)

Von großer Bedeutung ist nun auch der Vergleich der Entwicklung der Kleinhandels- und Großhandelspreise. Die folgende Tabelle gibt ein kleines Bild für die Preisbewegung einer Gruppe von zehn Lebensmitteln, deren Preise im Großhandel und Kleinhandel erfaßt wurden. Es sind die Preise für Bohnen, Erbsen, Reis, Schmalz, kondensierte Milch, Kaffee, Kakaopulver, Eier, Kartoffeln und Zucker.

Vergleich der Kleinhandels- und Großhandelspreise.

	Juli 1914	Januar 1920	Januar 1921	Januar 1922	Febr. 1922	März 1922	April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922
Kleinhandel	100	1761	2353	4209	4905	5625	6348	6636	7152	8553
Großhandel	100	1569	1872	2802	3378	3634	4244	4625	5031	5613

„Diese Tabelle zeigt, daß, je schneller die Preise im Großhandel steigen, desto größer für den gleichen Stichtag der Abstand zwischen den Kleinhandels- und Großhandelspreisen wird. Es herrscht gerade bei eingeführten Lebens- und Genußmitteln in der Zeit der sinkenden Valuta der abnorme Zustand, daß dauernd gewisse Artikel im Kleinhandel billiger verkauft werden, als im Großhandel neu eingekauft werden können." Es wirken dann auch Zollaufschläge verschärfend mit, die oft später erhoben werden, und so den Großeinkaufspreis um Bedeutendes in die Höhe setzen. Nicht zu vergessen auch die Preiskalkulation; ob zum Beispiel der Preisbemessung der Gestehungs- oder Wiederanschaffungspreis zugrunde liegt.

Die Beziehung von Kleinhandels- und Großhandelspreisen beeinflußt nun auch sehr gewichtig die Kosten der Lebenshaltung der einzelnen Familien, die infolge der verschiedenen Ansprüche und der ganz verschiedenen Lebensgestaltung außerordentlich schwer genau zahlenmäßig zu erfassen ist. Außerdem führen nur sehr wenige Hausfrauen auf eine längere Zeit ein genaues Haushaltungsbuch, das als Beobachtungsgrundlage für statistische Zwecke dienen könnte. Doch ist es der „Wirtschaftskurve" möglich geworden, ein seit mehr als zehn Jahren laufend geführtes Haushaltungsbuch zu bearbeiten, deren Zahlenergebnisse hier unten zum Teil folgen.

Es ist ein Haushalt, der während der ganzen Beobachtungszeit aus drei erwachsenen Personen bestand, der in der gleichen Wohnung geführt wurde und bei dem auch sonstige äußere Änderungen nur in ganz geringem Umfange eintraten. Zur Vereinfachung der Darstellung sind nur drei der wichtigsten Gruppen hervorgehoben worden, und zwar die Ausgaben für Lebensmittel, Heizung und Beleuchtung sowie Miete.

Haushaltsrechnung.

	Lebensmittel	Heizung und Beleuchtung	Miete	Gesamtausgaben
I. Halbjahr 1912 . . .	93.7	136.5	94.3	86.8
II. " 1912 . . .	86.8	61.2	91.3	103.5
I. " 1913 . . .	105.5	139.8	94.3	99.7
II. " " . . .	101.6	87.2	103.6	112.5
I. " 1914 . . .	112.5	74.5	113.1	107.2
Durchschnitt	100	100	100	100
II. Halbjahr 1914 . . .	112.1	72.0	113.1	105.2
I. " 1915 . . .	110.6	78.7	113.1	105.5
II. " " . . .	—	—	—	—
I. " 1916 . . .	—	—	—	—
II. " " . . .	165.6	81.1	113.1	124.1
I. " 1917 . . .	192.1	110.9	113.1	136.6
II. " " . . .	216.5	197.9	113.1	161.1
I. " 1918 . . .	258.7	100.0	113.1	162.1
II. " " . . .	407.5	218.0	113.1	265.0
I. " 1919 . . .	393.6	216.8	113.1	239.8
II. " " . . .	531.0	473.6	132.5	340.6
I. " 1920 . . .	69[illegible].6	388.5	152.9	457.0
II. " " . . .	100[illegible].1	954.0	154.0	77[illegible].0
I. Vierteljahr 1921 . .	1132.1	162[illegible].0	158.4	979.6
II. " " . .	987.8	260.8	317.0	976.4
III. " " . .	868.2	1319.0	173.6	1082.0
IV. " " . .	1332.4	815.0	407.8	1035.6
I. " 1922 . .	18[illegible]0.0	1754.0	176.6	1478.8
II. " " . .	2734.0	2278.0	445.2	2049.0

Die Ziffern dieser obigen Haushaltsrechnung sprechen für sich. Auch ohne das Mittel der graphischen Darstellung kennzeichnen sie die Beziehungen von Lebensmitteln, Heizung und Beleuchtung und Miete untereinander, sowie zu den Gesamtausgaben. Am schärfsten ist die Entwicklung der Ausgaben für die unmittelbarste Notwendigkeit, für Lebensmittel. Außerordentlich wichtig ist noch die Beziehung der Anteile der einzelnen Ausgabegruppen in ihrem Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Die Miete ist zum Beispiel im Verhältnis zum Friedenspreis gesunken. Ganz allgemein wären zur Ermittelung von Inderziffern gutgeführte Haushaltsbücher sicher das wertvollste Material, aber leider sind sie aus vielen Gründen das seltenste, und wenn sie vorhanden sind, das am schwersten zu beschaffende.

Wir haben oben gesagt, daß die Inderziffern als Hilfsmittel brauchbar und nützlich seien. Wie schädlich aber der Automatismus in der Anwendung der Inderziffern ist, beweisen außer näherliegenden österreichische Verhältnisse. Adolf Grabowsky sagt darüber im „Neuen Deutschland": „Man weiß, daß die Regierung Seipel die Regelung der Beamtengehälter nach dem Teuerungsinder durchgeführt hat. Auf Grund der gesetzlichen Festlegung für die Beamten erhöhen sich nun auch die Gehälter der Arbeiter und Angestellten praktisch nach demselben Schema. Dieser Automatismus in der Besoldungsfrage hat die unerhörte Preiserhöhung noch, oder überhaupt erst recht in Gang gebracht. Wenn der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter weiß, daß sein Gehalt ohne weiteres mit der Teuerung steigt, so ist er überlegungslos geneigt, jeden Preis für Ware oder Lebensmittel zu bewilligen. Trotzdem schimpft doch alles auf den Inder." Grabowsky will in seinen weiteren Ausführungen nur auf die verderbliche psychologische Wirkung solcher automatischen Anwendung des Inder hinweisen. Denn zu einer Problemlösung der Verhältnisse zwischen Preisen und Inflation kann Grabowsky auf diese Weise nicht gelangen. Nichtsdestoweniger können die Inderziffern bei richtiger Auffassung und unter bestimmten Bedingungen wichtige Hilfsdienste leisten zur Beurteilung der verschiedenen Wirtschaftsfragen.

Ihre Unzulänglichkeit beweist aber am schärfsten, daß die Stabilisierung des Geldwertes nach wie vor die zwingendste Aufgabe nicht nur der ganzen Theoretiker, sondern auch der praktischen Wirtschaftsmenschen ist. Mit ihm ist verknüpft, um die schärfsten Gegensätze zu nennen: die Erhaltung und Wiederbelebung einer gesunden Spartätigkeit, sowie die rücksichtslose Erdrosselung des Schiebers. Zwischen diesen beiden Polen liegt alles andere.

Roggenwährung als Hilfswährung, wie sie schon Adam Smith empfahl, hat bereits in vielen Fällen geholfen, ebenso wie der primitive Warentausch gegen Ware. Und daß die Neigung für die Naturalwährung als Hilfswährung immer mehr Anhang gewinnt — auch ohne Staat und Kommune —, beweisen viele selbständige Maßnahmen privater Unternehmungen bei Tätigung von Käufen, Verkäufen, Pachtverträgen oder ähnlicher Maßnahmen. Die vor einiger Zeit vielfach in der Presse erwähnten Roggenpfandbriefe sind der erste Ansatz zur Herausgabe von sog. wertbeständigen Anleihen.

Dr. Reiners.

Staatsaufsicht über die Privatforsten.*)

Laut Ministerialverfügung vom 26. September 1922 sind sämtliche Privatforsten in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen unter die Staatsaufsicht gestellt worden. Das preußische Gesetz vom 14. August 1876 betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen ist nunmehr unter Ausschluß der §§ 8 und 9 auf sämtliche Privatwaldungen der vorbezeichneten Gebiete ausgedehnt worden.

Die Bewirtschaftung der Privatforsten muß sich von nun ab innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit auf Betriebspläne stützen, die mindestens alle 10 Jahre zu revidieren sind und der Feststellung durch den zuständigen Wojewoden unterliegen. Die Kosten trägt der Waldbesitzer. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die Wünsche der Waldeigentümer sind bei Aufstellung der Forstbetriebspläne nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Erhaltung der standortsgemäßen Holz- und Betriebsarten darf durch die Nebennutzungen nicht gefährdet werden. Für den jährlichen Holzeinschlag ist der festgesetzte Abnutzungssatz in der Haupt- und Vornutzung maßgebend.

Für Waldungen geringen Umfanges sind Bestandsbeschreibungen genügend.

Abweichungen vom Betriebsplan durch Rodungen, Vorgriffe von in die 20jährige Nutzungsperiode (Mittel- und Niederwald 5jährig) nicht eingereihten Beständen sowie Mehrfällungen über 20 Prozent des zulässigen Abnutzungssolls bedürfen der Genehmigung des Wojewoden.

Mindestens alle drei Jahre hat durch Regierungsforstbeamte eine örtliche Untersuchung der Waldungen stattzufinden. Entspricht der Betrieb den Grundsätzen des Betriebsplanes nicht, so kann die Einreichung von jährlichen Hauungs-, Kultur- und Nebennutzungsplänen angeordnet werden.

Für die Bewirtschaftung und den Schutz ist durch genügend befähigte Personen Fürsorge zu treffen.

Kommt der Waldbesitzer seinen Verpflichtungen nicht nach, so kann der Wojewode die betreffenden Handlungen durch einen Dritten auf Kosten des Eigentümers ausführen lassen. Gegen die Verfügungen und Zwangsmaßregeln des Wojewoden steht den Beteiligten innerhalb einer Verfallfrist von 2 Wochen Beschwerde an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Warschau und gegen dessen Bescheid Klage beim Oberverwaltungsgericht in Warschau zu. Die Klage kann nur darauf gestützt werden:

1. daß der angefochtene Bescheid auf der Nichtanwendung oder unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe;

2. daß die tatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien, welche die Polizeibehörde zum Erlasse der Verfügung berechtigt haben würden;

3. auf die Behauptung, daß das Zwangsmittel nach Art und Höhe nicht gerechtfertigt oder nach Lage der Sache zur Erreichung des angeordneten Zweckes überhaupt nicht erforderlich sei.

Da die Forstabteilung der Wielkopolska Izba Rolnicza seit langen Jahren einen erheblichen Teil der Privatforsten unseres Gebietes technisch beratet und infolgedessen über die Verhältnisse in den ihr angegliederten Waldungen meist gut unterrichtet ist, besteht für die Zukunft die Wahrscheinlichkeit, daß diese Behörde bei Ausübung der Staatsaufsicht wesentlich mitwirken wird.

In zahlreichen Privatforsten sind auf Grund des neuen Gesetzes Einschlagverbote erlassen worden, und es empfiehlt sich in solchen Fällen, eine Begutachtung seitens der Forstabteilung der Wielkopolska Izba Rolnicza zu beantragen.

Forstrat Bar. v. Holtey.

*) Abdruck aus dem „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt für Polen", Nr. 2.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 15. Januar.

Nach der Tragödie im „Carlton".

Das Generalkommando veröffentlicht in den polnischen Blättern folgende Darstellung des Zusammenhangs der Carlton-Tragödie mit dem Tode des älteren Bilażewski (Tadeusz) und den Gerüchten von den Vorgängen im 15. Ulanen-Regiment:

„Die militärischen Untersuchungen, die von den vorgesetzten Behörden geführt wurden, haben kein unangemessenes Verhalten des 15. Posener Ulanen-Regiments an der Front ergeben, auch nichts, was einen Grund gäbe, das 15. Ulanen-Regiment der Ermordung des Oberleutnants Tadeusz Bilażewski, der zu der Zeit, als das Regiment noch an der Front war, auf so tragische Weise ums Leben kam, zu bezichtigen. Das Militärgericht des Generalkommandos VII war nach eingehender Untersuchung nicht in der Lage, jemanden von den Offizieren oder von den Mannschaften des 15. Ulanen-Regiments in Sachen des Todes des Oberleutnants Tadeusz Bilażewski zur Verantwortung zu ziehen.

Die Familie Bilażewski setzte sich nach dem tragischen Verlust des ersten Sohnes das Ziel, Offiziere des 15. Ulanen-Regiments vor das Gericht zu stellen. Sie hat es auch dazu gebracht, daß der Regimentskommandeur Oberstleutnant Anders, der Regimentsadjutant Oberleutnant Dzwonkowski, der Rittmeister Schmidt und der Oberleutnant Rzóska auf der Anklagebank saßen. Die Haupttriebkraft war eben der dahingeschiedene Oberleutnant der Reserve, Zdzisław Bilażewski. Das Militärgericht des Generalkommandos VII konnte unter der unparteiischen Leitung des Gerichtsvorsitzenden Obersten Bielski nicht umhin, nach durchgeführter Verhandlung ein Urteil zu fällen, das die erwähnten Offiziere freisprach. Der Jurist Jerzy Bilażewski (Herr Bilażewski ist, wie bereits erwähnt, Unterstaatsanwalt. — Schriftltg. des „Pos. Tagebl.") und sein Sohn, der Student der Rechte und Oberleutnant der Reserve Zdzisław Bilażewski, fügten sich dem Urteil des Militärgerichts nicht und gingen weiter in aggressiver und herausfordernder Weise gegen das 15. Ulanen-Regiment vor.

Die Offiziere des 15. Ulanen-Regiments, die Verständnis für den Schmerz der Eltern nach dem Verluste des Sohnes hatten, reagierten in vielen Fällen gar nicht auf die Angriffe von seiten der Familie Bilażewski.

Der dahingeschiedene Oberleutnant d. Ref. Zdzisław Bilażewski, der den Angriffsfeldzug gegen das 15. Ulanen-Regiment führte, überfiel am 6. Januar 1923 im Weinlokal „Carlton" die Offiziere des 15. Ulanen-Regiments mit dem Worte „Pferdediebe", das völlig unbegründet ist, dessen Unbegründetheit durch Gerichtsbehörden festgestellt worden ist. Die Offiziere mußten notgedrungen nicht nur ihre eigene Ehre, sondern auch die Ehre des Regiments verteidigen, weil das 15. Ulanen-Regiment nach den heldenhaften Kämpfen an der bolschewistischen Front einen solchen Empfang nach der Rückkehr von der Front nicht verdient hatte.

Die bisherigen Untersuchungen haben erwiesen, daß Oberleutnant Pruszanowski in Verteidigung seiner eigenen Ehre von der Waffe Gebrauch machte und sich in einer Lage befand, aus der es keinen Ausweg gab, weil er von dem dahingeschiedenen Oberleutnant d. Ref. Zdzisław Bilażewski dreimal geohrfeigt worden war.

Wir erfahren, daß die beiden jüngeren Brüder sich weiter bemühen, die Meinung der Stadt gegen das 15. Ulanen-Regiment zu stimmen und fremde Personen in diese Aktion hineinziehen. Das Generalkommando des VII. Armeekorps sieht sich gezwungen, entschieden zu erklären, daß es jeden Angriff auf das 15. Ulanen-Regiment in der Stadt streng zur Verantwortung ziehen oder durch die Gerichtsbehörden ziehen lassen wird. Das ganze Verhalten der Familie Bilażewski erweckt weiter ernste Befürchtungen (Verfolgungswahn).

Mitgeteilt wird, daß Oberleutnant Pruszanowski, der seit 6 Monaten dem 15. Ulanen-Regiment angehört, den dahingeschiedenen Zdzisław Bilażewski persönlich niemals gekannt hat.

In kurzer Zeit wird sich die Angelegenheit auf der Tagesordnung des Militärgerichts des VII. Armeekorps befinden, wird von Berufsrichtern geprüft werden und ihren Ausdruck in der Anwendung des Rechts finden."

Und wieder die deutsche Altershilfe!

Das Deutsche Wohlfahrtsamt in Posen hat die Not der Erwerbsunfähigen, Kleinrentner und Pensionäre nicht umsonst der Gesamtheit der Deutschen in unserem Bezirk ans Herz gelegt. Die Spenden sind reichlich geflossen, und besonders dankbar sind die vielen Zuwendungen an Lebensmitteln aufgenommen worden, mit denen die Landleute ihrer Pflicht an den bedürftigen Stammesgenossen genügten. Das einmütige Gefühl herzlichen Dankes bewegte alle Leiter und Leiterinnen der charitativen Anstalten und Vereine, als in der letzten Besprechung vor Weihnachten festgestellt werden konnte, daß fürs erste der Bedarf an Kartoffeln gedeckt sei; damit ist jedoch noch nicht alle Not behoben, und die Deutsche Altershilfe wendet sich wieder an die Deutschen in Stadt und Land, die in den ersten Monaten des neuen Jahres durch eine neue Ernte diesmal nicht die Scheunen, sondern die Speisekammern füllen, um diesen erneut ans Herz zu legen, auch jetzt die Armen nicht zu vergessen, sondern von ihrem Überflusse mitzuteilen. Mögen alle diejenigen, die in dieser Zeit ein Schwein schlachten, von den Würsten und Speckseiten einen Teil zur Verfügung stellen, damit die bedürftigen Alten auch etwas davon zu kosten bekommen. Es wäre hocherfreulich, wenn jeder sich beim Schlachtfest das eindrucksvolle Sprüchlein zu Herzen nähme:

„Wo ein fettes Schwein geschlacht,
Da sei der Altershilf' gedacht."

Das Deutsche Wohlfahrtsamt in Posen, Aleje Chopina 8a (fr. Kirchballallee), bittet um Zusendung dieser Speck- und Wurstspenden oder empfiehlt eine Sammlung bei den Pfarrämtern und Kreisgeschäftsstellen des Deutschtumsbundes und den Bauernvereinen, die dann gesammelt hier abgeliefert werden.

Wir wünschen herzlich, daß auch dieser Aufruf die Gebefreudigkeit der Bevölkerung anregen und einen gleich schönen Erfolg haben wird, wie der frühere.

Zwangsweise Unterbringung polnischer Rückwanderer in Posen-Pommerellen.

Auf energisches Betreiben des Rückwandererkomitees soll in den nächsten Tagen eine Verordnung der Wojewodschaftsbehörden erscheinen, durch die die zwangsweise Verteilung und Unterbringung der aus Deutschland eintreffenden Rückwanderer geregelt werden soll. Es wird sich um einen Ausnahmezustand handeln, der durch die ungewönliche Tatsache plötzlichen Zurückflutens zahlreicher Rückwanderer hervorgerufen worden ist. Er bildet nur das Gegenbild zu dem Abströmen deutscher Optanten aus Polen nach Deutschland. Die Unterbringung der polnischen Rückwanderung dürfte angesichts des Wohnungsmangels auf große Schwierigkeiten stoßen. Die vorhandenen Baracken sind, wie die „Gaz. Po." feststellt, bereits überfüllt; man wird sie voraussichtlich in den Lagern Gruppe und Samter unterbringen müssen. Ob diese zur Aufnahme aller ausreichen werden, erscheint fraglich unddie Ausführung der bevorstehenden Verordnung ist den Starosten übertragen worden.

Die astronomischen Erscheinungen des Jahres 1923

Im Jahre 1923 wird sich eine Reihe von interessanten Planetenbegegnungen, Mondvorübergängen, Bedeckungen von Fixsternen usw. ereignen. Über den Stand der Planeten im allgemeinen kann kurz folgendes gesagt werden:

Venus, vorerst noch Morgenstern, befindet sich auf dem Wege zur oberen Konjunktion zur Sonne, die am 9. September erfolgt. Nach diesem Tage tritt sie wieder an den Abendhimmel. — Mars wird im Laufe des Sommers von der Sonne überholt, steht am 8. August in Konjunktion zu ihr und wechselt dann an den Morgenhimmel über. — Jupiter steht am 5. Mai in Opposition zur Sonne, geht also bei Sonnenuntergang auf und ist infolgedessen die ganze Nacht am Himmel, so daß er während des ganzen Sommers zu beobachten sein wird (allerdings bei etwas tiefem Stande in der Ekliptik, Wage). Am 22. November kommt er in Konjunktion zur Sonne; im Dezember kann er am Morgenhimmel wieder aufgesucht werden. — Saturn hat seine Opposition bereits am 8. April und steht für die Beobachtung günstiger. Seine Konjunktion mit der Sonne fällt auf den 16. Oktober; bald darauf erscheint er am Frühhimmel. — Uranus verschwindet am 4. März in den Strahlen der Sonne, Neptun am 6. Februar. Im Jahre 1923 ereignen sich vier Finsternisse, von denen, wie schon kurz erwähnt, nur eine partielle Mondverfinsterung (in der Nacht vom 2. auf den 3. März) in Europa sichtbar ist. Von diesen Finsternissen sind wohl zwei partielle Verfinsterungen des Mondes, die beiden anderen eine ringförmige und eine totale Sonnenfinsternis. Diese Erscheinungen fallen auf folgende Daten: 3. März 1923: partielle Mondfinsternis. Beginn der Finsternis überhaupt (nach mitteleuropäischer Zeit): 3 Uhr 27 Min. früh; Mitte der Finsternis: 4 Uhr 31 Min.; Ende der Finsternis überhaupt: 5 Uhr 35 Min. Die Finsternis ist im Beginn und Ende in Europa zu verfolgen. Die drei übrigen Verfinsterungen, die nicht in Europa sichtbar sind, erfolgen an folgenden Tagen: 17. März: ringförmige Sonnenfinsternis (von vorm. 10 Uhr 50 Min. bis 4 Uhr 38 Min. nachm.). 26. August: partielle Mondfinsternis von 10 Uhr 51 Min. vorm. bis 12 Uhr 27 Min.). 10. September: totale Sonnenfinsternis (von nachm. 7 Uhr 14 Min. bis 12 Uhr 19 Min.).

Registrierung von männlichen Personen. Das Starostwo Grodzkie macht die Interessenten auf die ausgehängte Bekanntmachung über die Registrierung der Jahrgänge 1883 bis 1899 aufmerksam. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut: „Durch das Reskript des Innenministers vom 15. Dezember 1922 ist auf Grund der Verfügung des Ministerrates vom 14. Dezember 1922, betr. die Kontrollversammlungen nach Verständigung mit dem Kriegsminister die Registrierung aller in den Jahren 1883 bis 1899 einschl. geborenen männlichen Personen angeordnet worden. Der Zweck der Registrierung ist die Festlegung eines vorläufigen Verhältnisses der oben erwähnten Personen zur allgemeinen Militärdienstpflicht. Der Registrierung unterliegen auch die Personen, die in den früheren Teilungsstaaten oder hier von Musterungskommissionen oder zuständigen Militärbehörden im polnischen Staate als für den Militärdienst vollkommen ungeeignet erkannt worden sind, die Invaliden nicht ausgeschlossen. Der Registrierung unterliegen nicht: 1. Personen, die gegenwärtig aktiv im Heere dienen, 2. die beim Bezirkskommando eingetragenen Reserveoffiziere und Gleichgestellten, 3. Angehörige fremder Staaten, die ihre fremde Staatszugehör-

keit durch Dokumente ausreichend nachweisen können. Die Registrierung wird in jeder Ortschaft, die der Sitz eines Magistrats, eines Gemeindeamtes oder eines Schulzen ist, an dem Orte und zu der Zeit durchgeführt, die der betreffende Magistrat, das Gemeindeamt oder der Schulze bestimmt. Alle männlichen Personen oben erwähnter Jahrgänge, sowohl diejenigen, die in der betreffenden Ortschaft ihren ständigen Wohnsitz haben, als auch diejenigen, die sich während der Registrierung in ihr aufhalten, werden aufgefordert, sich an den festgesetzten Tagen persönlich mit den Dokumenten zu melden, die ihre Person, ihr Alter und ihr Militärdienstverhältnis feststellen (Personalausweis, Paß, Geburtsurkunde, Militärpaß, die Bescheinigung über fristlosen Urlaub, Militärpapiere der Teilgebietsmächte, Auszüge aus den Militärpässen der Teilungsmächte usw.), um registriert zu werden. Wird die Aufforderung nicht befolgt, dann zieht sie eine Strafe im Sinne der geltenden Strafbestimmungen nach sich. Diese Bekanntmachung des Wojewoden ist durch das Starostwo Grodzkie dahin ergänzt worden, daß sich die Registrierungspflichtigen der Stadt Posen in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags in ihren Polizeikommissariaten nach folgender Tabelle zu melden haben:

Jahrgang 1883 am Dienstag, d. 16 Januar, Jahrgang 1884 am Mittwoch, d. 17. Januar, Jahrgang 1885 am Donnerstag, d. 18. Januar, Jahrgang 1886 am Freitag, d. 19. Januar, Jahrgang 1887 am Sonnabend, d. 20. Januar, Jahrgang 1888 am Montag, d. 22. Januar, Jahrgang 1889 am Dienstag, d. 23. Januar, Jahrgang 1890 am Mittwoch, d. 24. Januar, Jahrgang 1891 am Donnerstag, d. 25. Januar, Jahrgang 1892 am Freitag, d. 26. Januar, Jahrgang 1893 am Sonnabend, d. 27. Januar, Jahrgang 1894 am Montag, d. 29. Januar, Jahrgang 1895 am Dienstag, d. 30. Januar, Jahrgang 1896 am Mittwoch, d. 31. Januar, Jahrgang 1897 am Donnerstag, d. 1. Februar, Jahrgang 1898 am Sonnabend, d. 3. Februar, und Jahrgang 1899 am Montag, d. 5. Februar.

Eine sechswöchige Uebung der Reserveärzte. Der Kriegsminister beruft alle Militärärzte der Reserve, die in den Jahren 1885 1886, 1887, 1888, 1889 und 1890 geboren sind, zu sechswöchigen Übungen ein. Die Betreffenden müssen sich am 20. Januar im zuständigen Bezirkskommando zur Registrierung melden. Die Einberufung zu den Übungen (Arbeiten in den Kontrollkommissionen) erfolgt durch namentliche Gestellungsbefehle.

x **Die nächste Stadtverordnetensitzung findet am Mittwoch um 6 Uhr abends statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.:**

Annahme des Pensionierungsgesetzes für die Stadtfunktionäre, Erhöhung der Diäten der Beisitzer beim Gewerbe- und beim Kaufmannsgericht, Wahlen und Titelverstärkungen.

Der neue Posener Wojewode Graf Bniński empfängt wochentags in der Zeit von 12—1 Uhr im Wojewodschaftsgebäude (fr. Regierungsgebäude) in der ul. Golębia (fr. Taubenstr.)

Steuererhöhung für Preßhefe und Essigessenz. Mit dem 1. Januar 1923 wurde in Polen die Steuer für Preßstoffe von 30 M. auf 240 M. für ein Kilogramm und für Essigessenz auf 300 M. für ein Kilogramm erhöht. Wer an dem genannten Tage mehr als ein Kilogramm Preßhefe oder Essigessenz besaß, ist zur Anmeldung des ganzen Vorrats beim Urząd Kontroli Skarbowej spätestens innerhalb drei Tagen verpflichtet. Dies hat auch Gültigkeit für die während des Zeitraums der Anmeldepflicht auf dem Transport sich befindende Preßhefe oder Essigessenz, die ebenfalls der Zusatzversteuerung unterliegt.

Eine wichtige Entscheidung in der polnischen Auswanderungsfrage wird durch Warschauer Blätter verbreitet. Danach hat der Generalkommissar für Auswanderungsfragen in den Vereinigten Staaten entschieden, daß Personen, die zwar nicht die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzen, aber in den Ententeheeren gekämpft haben, nicht dem Kontingent der zur Einwanderung Zugelassenen des betreffenden Staates zugerechnet werden dürfen. Auf diese Weise sind 2000 Hallersoldaten, die durch das amerikanische Konsulat in Warschau dem Auswandererkontingent Polens zugeteilt worden waren, von der Liste gestrichen worden, so daß noch 2000 polnische Staatsangehörige die Einwanderungsgenehmigung erlangen können. Das amerikanische Konsulat in Warschau erwartet angeblich noch nähere Anweisungen.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Der nächste Vortrag des Superintendenten Rhode über den Buddhismus kann statt am 16., erst am Dienstag, dem 23. Januar, abends 6 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus stattfinden. — Der angekündigte zweite Vortrag von Dr. Loewenthal über die polnische Literatur findet am Mittwoch, dem 17. Januar, abends 8 Uhr im Evangelischen Vereinshaus statt.

In den volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträgen ist eine Veränderung eingetreten. Herrn Pastor lic. Schneider wird über die Geisteslage der Gegenwart am Donnerstag 7¼—8 Uhr im Vortragszimmer des Ev. Vereinshauses sprechen.

Der Verband für das Wandergewerbe der gestern bei Jarocki seine Versammlung abhielt, wählte zum ersten Vorsitzenden Morlewski zum zweiten Kunze, zum Kassierer Białaszyński, zu Schriftführern Pokrynke und Gawroński. Der Monats- und der Sterbekassenbeitrag wurde auf je 100 Mk. festgesetzt. Mitgeteilt wurde, daß die Händler einmütig den letzten Jarotschiner Jahrmarkt verließen, als ihnen ein Standgeld von je 9000 Mk. abverlangt wurde, während der von der Wojewodschaft festgesetzte Satz nur 100 bis 200 M. beträgt.

X **Zu dem Raubüberfall** auf den 15jährigen Smichalski im Hause Chwaliszewo 18 (fr. Wallischei) über den wir in der Sonntagsausgabe berichtet haben, können wir weiter mitteilen, daß die Kriminalpolizei unermüdlich tätig gewesen ist, um den Täter zu ermitteln. Glücklicherweise hatte sich der Zustand des Überfallenen wider Erwarten erheblich gebessert, so daß er Angaben über den Täter machen konnte. Daraufhin ist ein der Tat dringend verdächtiger Arbeiter in Untersuchungshaft genommen worden. — Gleichfalls aufgeklärt ist der Handtaschenraub im Hause ul. Kwiatowa 13 (früher Blumenstr.), über den wir gleichfalls in der Sonntagsausgabe berichteten. Der Täter und sein Helfershelfer, zwei Arbeiter, sind heute früh von der Kriminalpolizei festgenommen worden. — Inzwischen wurde ein neuer Raubüberfall auf einen Radfahrer in St. Lazarus verübt; er wurde seines Rades beraubt. Auch in diesem Falle wurden die beiden Täter von der Polizei ermittelt und festgenommen.

Eine Vertreterversammlung der Fleischbeschauer, die im Schlachthof-Restaurant stattfand, beschloß nach einem Vortrage von Warczyński-Rekla die Festsetzung des Preises für jede Untersuchung auf den Wert von zwei Pfund Fleisch. Sodann wurde der Anschluß an den Großpolnischen Verband beschlossen.

X **Kindesmord.** Ein in der ul. Podgórna (fr. Hindenburgstr.) bedienstetes 27jähriges Dienstmädchen namens Cechielska ist unter dem dringenden Verdacht festgenommen worden ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt in einem Ofen verbrannt zu haben.

* **Bromberg**, 12. Januar. Ein Selbstmordkandidat wurde von einem Kriminalbeamten auf den Weltzienplatz aufgefunden. Es handelt sich um den 22jährigen Schlossergesellen Karl Warda, wohnhaft in Schleusenau, Chausseestraße 8 der versucht hatte sich zu erschießen. Wie aus mehreren bei dem Lebensmüden vorgefundenen Briefen hervorgeht, hatte er sich in der Fabrik in der er beschäftigt war Veruntreuungen zu schulden kommen lassen, und Gewissensbisse trieben ihn nunmehr zu Selbstmordgedanken, die er in die Tat umzusetzen versuchte. In schwer verletztem Zustande wurde der Unglückliche in das städtische Krankenhaus gebracht. Man hofft ihn am Leben erhalten zu können.

* **Czarnikau**, 11. Januar. Vor kurzem verlor ein hiesiger Handwerker in der zehnten Abendstunde seine Brieftasche mit 127 900 Mark in polnischer und 80 000 Mark in deutscher Währung. Die Kinder der Witwe Wisniewska in der Wroniecka fanden die Tasche, sammelten das verstreut umherliegende Geld und gaben es ihrer Mutter. Obwohl nun die Frau in ärmlichen Verhältnissen lebt, gab sie doch alles Geld ab, wie sie das auch in früheren Fällen — sie hat Glück im Finden — stets getan hat. Diese Ehrlichkeit wurde mit 25 000 Mark in bar belohnt; außerdem wurde noch eine Naturallieferung zugesagt.

* **Reisen**, 14. Januar. Der frühere hiesige Bürgermeister Wenzel, der zuletzt stellvertretender Bürgermeister von Konstadt bei Kreuzburg war, ist jetzt definitiv zum Bürgermeister von Konstadt gewählt worden.

S. **Rogasen**, 15. Januar. Brauereibesitzer Eloesser hat seine Dampfbrauerei mit sämtlichen Beständen usw. an einen Herrn aus Kongreßpolen verkauft. Ebenso verkaufte Klempnermeister Wagner sein Haus mit Ladengeschäft, Werkstatt und sämtlichen Beständen.

S. **Rogasen**, 14. Januar. Nach Überführung der Leiche aus Warschau fand am Mittwoch die Beerdigung des so jäh aus dem Leben geschiedenen Gutsbesitzers Wilhelm Raymann aus Ciesle unter überaus starker Beteiligung statt. Eine Trauerfeier wurde in der vollkommen gefüllten evangelischen Kirche abgehalten Der Sarg verschwand unter der Fülle der Kränze. Vom Männerchor des Gesangvereins wurden in der Kirche und auf dem Friedhofe einige Lieder gesungen. — Ein vom Verband der deutschen Handwerker am Sonnabend bei Troese veranstalteter Maskenball war sehr gut besucht und brachte den Teilnehmern einige vergnügte Stunden.

* **Thorn**, 12. Januar. Am Mittwoch vormittag fand die Beerdigung des am Sonnabend plötzlich verstorbenen Divisionsgenerals, Kommandierenden Generals des VIII. (pommerellischen) Korps, Gustav Zygadłowicz statt. Die Trauerfeier fand in der Garnisonkirche statt, wo die Leiche aufgebahrt worden war. Dann setzte sich der lange Trauerzug durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Garnisonfriedhof in Bewegung. Vor den vier Geistlichen trugen drei Offiziere auf Kissen die Ordensauszeichnungen des Verstorbenen. Der mit Mütze und Säbel geschmückte Eichensarg wurde auf der mit Tannengrün bekränzten Lafette eines mit sechs Rappen bespannten Feldgeschützes gefahren. Hinter dem Sarge schritten die Familienangehörigen des Entschlafenen, dahinter die Spitzen der Staats- und Kommunalbehörden, die Generalität mit General Haller an der Spitze, das Offizierkorps der Garnison und die französische Militärmission. Der Verstorbene, der ein Alter von 58 Jahren erreicht hat, war erst Anfang Dezember als Nachfolger des Generals Zielinski zum Kommandierenden General des Pommerellischen Korps ernannt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. B. O. 10. 1. Da Sie von Geburt Oesterreicher, nicht aber deutscher Reichsangehöriger sind, sind Sie trotz Ihrer bereits 16 jahrigen Anwesenheit in Polen nicht polnischer Staatsbürger geworden. Sie können die polnische Staatsbürgerschaft nur durch Naturalisierung erwerben und müssen eben, da Sie ja einen entsprechenden Antrag bereits gestellt haben, abwarten. 2. Der Starost ist in der Frage der Auflassung in seinem Rechte. 3. Die Adressen von Rechtsanwälten können wir Ihnen im Briefkasten aus grundsätzlichen Erwägungen nicht angeben. Sprechen Sie doch einmal in dieser Angelegenheit in unserer Redaktion vor. 4. Sie werden zweifellos auf große Schwierigkeiten stoßen

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Zur Frage der polnischen Zollerleichterungen.** Die Zollkommission des polnischen Verbandes der Metallindustriellen hat sich gegen die Anwendung von dauernden Zollerleichterungen für im Inlande nicht hergestellte Industrieerzeugnisse ausgesprochen, und will Erleichterungen nur zugestanden wissen, soweit es sich um ausländische Maschinen handelt, die zum Wiederaufbau des Landes notwendig sind. Mit dem Augenblick des Eintritts normaler Verhältnisse sei kein Grund mehr vorhanden, einen Unterschied zwischen im Lande hergestellten und nichthergestellten Maschinen zu machen. Die gewährten Zollerleichterungen dürften nur für 1923 gültig sein.

= **Kohlenförderung in Polen.** In den ersten 9 Monaten 1922 hat die Steinkohlenförderung in den eigentlich polnischen Kohlenbecken Dombrowa, Krakau und Teschen eine Steigerung um 28 Prozent bzw. 22 Prozent bzw. 16 Prozent gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres ergeben und insgesamt 6,9 Mill. Tonnen erreicht; die Ausbeute der Vorkriegszeit ist somit um einige Prozent überstiegen worden. Die Zahl der Arbeiter in den drei Becken betrug 49,3 bzw. 14,9 bzw. 1,4 Tausend. Demgegenüber hat die Braunkohlenförderung nur in den ehemals preußischen Provinzen eine Zunahme um 34 Prozent, in Kongreßpolen und Galizien dagegen eine Abnahme um 21 Prozent bzw. 41 Prozent, für Gesamtpolen bei einer Förderung von 158 000 Tonnen eine Abnahme um 17 Prozent zu verzeichnen.

= **Ausfuhr von Peluschken- und Wickensamen.** Das Handelsministerium teilt mit, daß das Ausfuhrkontingent für Peluschken- und Wickensamen auf je 100 Waggons festgesetzt worden ist. Die Verteilung der Kontingents erfolgt in der zweiten Hälfte des Monats.

= **Fabrikation von Kamelhaarriemen in Bielitz.** Die Firma Gebrüder Deutsch in Bielitz hat eine Abteilung für die Fabrikation von Kamelhaarriemen in Betrieb gesetzt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	85 000—88 000	Felderbsen	70 000— 80 000
Roggen	68 000 - 71 000	Viktoriaerbsen	100 000—110 000
Braugerste	50 000 - 52 000	Serradella	100 000—120 000
Hafer	53 000 56 000	Buchweizen	45 000—50 000
Weizenmehl 65 %	125 000 - 129 000	Fabrikkartoffeln	4 600— 5 000
Roggenmehl 70 (inkl. Säcke)	102 000—108 000	Getreidestroh lose	16 000— 18 000
		„ gepr.	22 000— 23 000
Weizenkleie	39 000	Heu lose	13 000— 15 000
Roggenkleie	39 000	„ gepr.	17 000— 18 000

Marktsituation ungeklärt. Angebot etwas größer.
Stimmung: fest.

Warschauer Börse vom 13. Januar.

(9 Uhr 15 Min.)

Engl. Pfund	99 000	Deutsche Mark (Geld)	2.10
Franz. Franken	1 475	Deutsche Mark (Ausz.)	2.15
Belg. Franken	1 340	Goldrubel	11500.—
Schweizer Franken	4 020	Silberrubel	650.—
Tschechische Krone	590	Österr. Kronen	31.—

Offizielle Warschauer Börse vom 13. Januar.

Valuten:

Dollar der Ver. Staaten	21 525 21 600, 21 550
Kanadischer Dollar	21 00
Deutsche Mark	2.12½, 2.10.

Devisen:

Belgien	1380, 1400, 1395	Paris	1500, 1525 1520,
Berlin	206, 208 206,	Wien	31 32¼
London	100 750, 100 101	Schweiz	4130 4120, 4127½
Neuyork	21 525, 21 650, 21 500,	Holland	8525
Prag	625 615,	Italien	1110, 1103.

Danziger Kurse vom 15. Januar.

Die polnische Mark in Danzig . 50½
Der Dollar in Danzig 11 600

Berliner Produktenbericht vom 13. Januar.

Amtl. Produkten-Notierung, alles per 50 kg in Mark.

Weizen		Roggenmehl für 100 kg	50000—54000
märkischer	18500—19800	Weizenkleie	9500 —9800
pommerscher	—	Roggenkleie	9600—10000
mecklenburger	—	Raps	31500—32000
Roggen		Leinsaat	—
märkischer	18500—18800	**Hülsenfrüchte**	
pommerscher	—	Viktoriaerbsen	32000—34000
schlesischer	—	kl. Speiseerbs	28500—29000
Gerste		Futtererbsen	18000
märkischer	15500—16600	Peluschken	29000—31000
schlesischer	15300—15?00	Ackerbohnen	170?0—17000
Hafer		Wicken	30000—32000
märkischer	15000—15500	Blaue Lupinen	17000—18000
pommerscher	14600—15200	Gelbe „	23000— 6000
schlesischer	—	Serradella	39000—45000
westpreußischer	—	Rapskuchen	13?00—1?500
Mais		Trockenschnitzel	6700—7000
loko Berlin	19300—19400	Zuckerschnitzel	9700—10000
frei Hamburg	—	Torfmelasse	5000—52?0
Weizenmehl für 100 kg	53000—57000	Kartoffelflocken	10000—10200

Die feste Grundtendenz hielt auch an der Berliner Produktenbörse von Sonnabend an. Das Angebot der Provinz war sehr gering. Weizen wurde von den Mühlen gesucht und für Roggen war die Reichsgetreidestelle wieder als Käufer am Markte. Jedoch bewegte sich das Geschäft im allgemeinen in engsten Grenzen. In Mehl fanden einige Umsätze statt, zumeist für spätere Termine (Februar) und gegen hohe Raports. Das Angebot der zweiten Hand beginnt gering zu werden.

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen Man. I 134 Fl. 78 Kg. Rosa Fe-La Plata Jan. 13 Fl., Mais am. mix. 18500 M., 9.60 Fl. gelb La Plata Jan. lose 18500 M., 9.60 Fl., Gerste, Donau 62-63 Kg. 52 Fr., Roggen western II 11¼ Fl. La Plata Leinsaat 21 Fl., Weizenkleie 9700 M., 6.90 Fl. Pollards 9700 M. 6,90 Fl. Kurs 4000—4190.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.